



DIE LINKE in Oder-Spree

- Herausforderungen 2018 *Seite 2*
- Habt Mut! Macht Mut! *Seite 3*
- Bildungsarbeit nötig *S. 4*



DIE LINKE im Landtag

- Radverkehr wird stärker gefördert *Seite 10*
- Guter Lokaljournalismus stärkt Demokratie vor Ort *Seite 10*



Fürstenwalde

- DIE LINKE aktiv in der Kommune *Seite 5*
- Gute Gründe, Hans-Ulrich Hengst zu wählen *Seite 20*



#SaveAfrin – Rettet Afrin

Dieser neue Krieg des Erdoğan-Regimes gegen die Kurdinnen und Kurden in Syrien ist ein Verbrechen. Erheben wir unsere Stimme für die Menschen in Afrin in Nordsyrien!

Protestieren wir zusammen mit den Kurdinnen und Kurden und allen Demokratinnen und Demokraten gegen diesen Überfall der türkischen Armee!

Die Frauen und Männer der kurdische YPG sind ein Bollwerk gegen den IS. Sie haben den dschihadistischen Terror in Kobanê besiegt und sie haben die syrische Stadt Raqqa vom Terror-Kalifat befreit. Aber der islamistische Autokrat Erdoğan verzeiht den Kurdinnen und Kurden in Syrien weder ihr Experiment einer demokratischen Selbstverwaltung noch die garantierte Gleichberechtigung der Frau. Deshalb führt Erdoğan seinen Angriffskrieg gegen Afrin und deshalb kündigt Erdoğan in seinen Kriegsreden offen an, alle Kurdinnen und Kurden aus Afrin vertreiben zu wollen. In der Region Afrin leben etwa eine Million Menschen. Die kurdische Enklave Afrin wurde bislang noch nicht vom Krieg heimgesucht und beherbergt hunderttausende Flüchtlinge innerhalb Syriens. Bei der türkischen Invasion sind zahlreiche zivile Opfer zu befürchten.

Dieser völkerrechtswidrige Krieg des NATO-Verbündeten Türkei gemeinsam mit islamistischen Terrormilizen unter der Fahne der Freien Syrischen Armee ist eine Schande. Es ist eine Schande, dass die Großmächte und die regionalen Einflussstaaten die Menschen in Afrin fallengelassen haben und es ist eine Schande, dass die Bundesregierung weiter einen türkischen Gewaltherrscher hofiert, der in seiner Sprache und seinen Handlungen jedes Maß verloren hat. In Afrin kommen deutsche Leopard-2-Panzer zum Einsatz. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel muss eines klar sein: Wenn Erdoğan die kurdische Enklave Afrin in Syrien zerstören sollte, dann droht ein weiterer Krieg in Syrien mit zahlreichen Menschenrechtsverbrechen.

- Wir fordern den sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in die Türkei.
- Wir fordern einen Stopp aller Pläne, türkische Panzer mit Rheinmetall zu modernisieren.
- Wir fordern, dass die Bundesregierung klar und unmissverständlich diesen Krieg verurteilt und jegliche Beihilfe auch über NATO-Strukturen einstellt.

- Wir fordern den sofortigen Rückzug der türkischen Armee und aller ihrer islamistischen Söldnermilizen.

Syrien braucht Frieden und Demokratie. Die Kurdinnen und Kurden in Syrien brauchen heute unsere Anerkennung und Solidarität.

Wir rufen alle Mitglieder der LINKEN auf, sich an Friedenkundgebungen für Afrin zu beteiligen oder ein eigenes Zeichen der Solidarität zu setzen. Jede Stimme zählt!

*Katja Kipping und Bernd Rießinger,
Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

*und
Sabra Wagenknecht und Dietmar Bartsch,
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im
Bundestag*



von
Julia Wiedemann,
Woltersdorf, Mit-
glied des Kreis-
vorstandes der
LINKEN im Oder-
Spree-Kreis

Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN im Landkreis Oder-Spree

■ Herausforderungen 2018

Unser Weg – 2019 Wahl neuer Kommunalvertretungen, des Landtags und des Europaparlaments

Der Kreisverband der LINKEN Oder-Spree steht vor neuen Herausforderungen. Der demographisch und kulturelle Wandel in der Gesellschaft, strukturelle Umbrüche in der Arbeitswelt, die sich verändernde politische Landschaft, die Unterschiede zwischen Metropolregion und ländlichem Raum erfordern neue Wege.

Die Bundestagswahlen liegen hinter uns, und doch müssen wir bereits an die nächsten Wahlen denken. 2019 finden in Brandenburg im Frühjahr Kommunal- und Europawahlen und im Herbst Landtagswahlen statt. Auch wenn bis dahin noch etliche Liter Wasser die Spree hinunter fließen, sollten wir als DIE LINKE im Kreisverband beginnen, uns vorzubereiten. Auf der Bundesebene wird debattiert, ob wir eine neue Sammlungsbeziehung brauchen oder eine Bewegungspartei sind. Eine Debatte, die weit weg von dem stattfindet, was unsere politische Erfahrung in der lokalen Politik ist. Hier im Osten, im Kreis und in den Kommunen hat DIE LINKE und zuvor die PDS über Jahrzehnte die Erfahrung gemacht, dass eine gute kommunale

Verankerung entscheidend ist, die Vernetzung mit Vereinen und Bürgerinitiativen, mit Bauernverbänden, Sportvereinen und Feuerwehr, die Ansprechbarkeit direkt vor Ort, das Zuhören und Kümmern.

Diese Verankerung in der Bevölkerung ist das Pfund, mit dem wir lange wuchern konnten. Unsere Kommunalpolitiker*innen sind vor Ort das Gesicht der Partei. Doch müssen wir feststellen, dass es uns zur letzten Kommunalwahl nicht in jeder Gemeinde gelungen ist, eine eigene Liste aufzustellen, dass wir stärker auf Nichtparteimitglieder zugehen müssen, um Aktive vor Ort zu gewinnen, und dass in vielen Orten langjährig erfahrene Kommunalpolitiker*innen darauf warten, den Staffstab weitergeben zu dürfen. Bei der letzten Kommunalwahl hatten wir Stimmenverluste hinnehmen müssen, mit der Konkurrenz von Wählergemeinschaften und einer erstarkten AfD wird es nicht leichter werden. Wir werden Menschen nicht nur als Wähler*innen gewinnen müssen, sondern vor allem Menschen begeistern und befähigen, sich für uns vor Ort einzubringen, als Kandidat*innen, als sachkundige Einwohner*innen und als Schnittstellen in unseren lokalen Netzwerken, in den Kommunen und im Kreistag.

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind dabei schwieriger geworden. Unser Landkreis teilt sich zunehmend in eine wachsende Metropolregion und einen schrumpfenden ländlichen Raum. In den berlin-nahen Orten und Gemeinden mit guter Regionalbahnbindung steigen die Einwohnerzahlen und mit ihnen der Bedarf an Kitaplätzen, an Schulen, an Infrastruktur.

Währenddessen brechen im ländlichen Raum immer mehr Strukturen weg, lange Wege, weniger Ärzte und manches mehr. Wie kann hier eine gemeinsame Klammer gefunden werden? Wie kann die Metropolregion entsprechend ihren Bedürfnissen ausgebaut werden, ohne dass der ländliche Raum dahinter zurück bleibt? Die kapitalistische am Wettbewerb orientierte Gesellschaftsordnung fördert Individualisierung und damit verbunden Vereinzelung. Der immer schnellere Fortschritt führt auch zu Verunsicherung. Wir können das System nicht allein von unten verändern, doch wie kann Kommunalpolitik in einer Zeit des steten Wandels Halt geben und dennoch Schritt halten mit den großen Veränderungen?

Auf diese Fragen gilt es Antworten zu finden und konkrete Ideen zu entwickeln. Auf dem Landesparteitag im März sollen kommunalpolitische Eckpunkte verabschiedet werden, die das Profil unserer Partei widerspiegeln – sozial, gerecht, für alle – übersetzt in kommunale Themen wie Mieten, Nachhaltigkeit, längeres gemeinsames Lernen, Mobilität, solidarisches Miteinander und mehr. Diese Eckpunkte können eine gute Grundlage sein für die Entwicklung eines kommunalen Leitbilds für den Landkreis Oder-Spree.

Auf der Gesamtmitgliederversammlung am 17. Februar in Erkner wird ein neuer Kreisvorstand gewählt und ein Fahrplan bis zur Kommunalwahl 2019 zur Debatte stehen. Lasst uns gemeinsam entwickeln, für ein lebenswertes Oder-Spree, für Kommunen mit sozialem Gesicht und eine wirksame LINKE!

IN EIGENER SACHE

Herzlichen Dank an alle engagierten Zeitungsmacher, die jeden Monat aufs Neue etliche Stunden in dieses Blatt stecken!

Der *Widerspruch* hat eine Auflage von 1 800/2 500 Exemplaren. Allein das Setzen, Layouten und Redigieren kostet ungefähr fünf Tage Zeit. Engagierte Schreiberlinge aus mehreren BOen liefern Texte. Nicht zu vergessen die vielen Verteiler der gedruckten Hefte – Euch Allen danke.

Es wird Zeit, sich Aufwand und Nutzen genauer anzusehen: Wäre es nicht sinnvoller, wenn die vielen Stunden Arbeit einem breiteren Leserkreis, also nicht nur Mitgliedern, zur Verfügung gestellt werden? Eine Zeitung, die möglichst viele Menschen im Landkreis Oder-Spree über linke Themen und Ansichten informiert, würde dem Aufwand Rechnung tragen.

Redaktion Widerspruch und Mitglieder der LAG Rote Reporter aus dem Oder-Spree-Kreis

1. ordentliche Tagung des 6. Kreisparteitages

17. Februar 2018, 10–14.30 Uhr, 15537 Erkner, Fichtenauer Weg 44/53

Die Tagung ist öffentlich und findet in Form einer Gesamtmitgliederversammlung statt. Alle Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE Oder-Spree sind eingeladen und besitzen Stimmrecht.

■ Habt Mut! Macht Mut!

DIE LINKE in Oder-Spree zu Beginn des Jahres 2018: Anspruch und Wirklichkeit – Herausforderungen und Notwendigkeiten.

Es ist nicht leicht für DIE LINKE in diesen Tagen. Der Rechtsruck in der Gesellschaft ist alltäglich zu spüren. In der Familie und im Freundeskreis. Im Verein und am Arbeitsplatz.

Wir LINKE werden in einen Topf geworfen „mit denen da oben“, spürbar haben wir an Vertrauen verloren und müssen um Anerkennung durchaus kämpfen.

Dabei ist doch DIE LINKE meist die gestaltende Kraft vor Ort im Dorf, in der Gemeinde oder Stadt.

Dabei sind wir LINKEN doch die einzigen, die außerhalb von Wahlkämpfen regelmäßig mit Infoständen, Gesprächsangeboten und kleinen linken Zeitungen uns um den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern bemühen.

Und sind es nicht wir LINKEN, die immer noch näher am Menschen und den Problemen sind als alle anderen politischen Mitbewerber und Gegner?

Zugegeben, die abnehmende Zustimmung verstört, ängstigt und verunsichert uns. **Doch gerade Verzagen ist nicht das Gebot der Stunde!**

Wir müssen uns den gesellschaftlichen Debatten stellen.

Wir müssen mit Engagement uns gegen den meist rechtsnationalen Mainstream stemmen.

Bei aller Diskussionsfreudigkeit muss gelten: Der politische Gegner steht nicht in den eigenen Reihen. Eine verstrittene LINKE ohne gesellschaftliche Alternativen braucht kein Mensch!

Wir müssen Mut machen – und wir müssen Mut haben! Glaubwürdigkeit erwächst aus Überzeugung und Selbstbewusstsein. Und allein unsere Kommunalpolitiker*innen haben doch genügend aufzuweisen, worauf wir stolz sein können!

Der Kreisvorstand Oder-Spree, der auf der ersten Gesamtmittgliederversammlung am 17. Februar gewählt wird, steht vor vielen und parallelen Aufgaben. Dafür brauchen die Genossinnen und Genossen unser Vertrauen und unsere Unterstützung. Rücken wir zusammen und starten wir selbstbewusst durch!

Machen wir Dampf für unsere LINKE in Oder-Spree,

- die erlebbar ist, die Spaß macht und authentisch ist.
- die offen für Neue(s) ist, zum Mitmachen und -diskutieren einlädt und neue Mitglieder gewinnt. Öffnen wir unsere Türen, Köpfe und Herzen!
- die Heimat bleibt für die, die gerne wollen, aber nicht mehr richtig können. Keine/r darf vergessen werden. Die Erinnerung an gemeinsame Kämpfe, an die Siege und auch Niederlagen, bildet unser Fundament für die LINKE als Partei, die deutlich mehr ist als nur eine kalte Organisationseinheit, zwischen Spenden- und Mitgliederlisten.
- Politik für die und mit den Menschen macht. Nicht besserwisserisch und bevormundend, sondern durchaus auch hinterfragend, suchend und ringend um die besten Ideen streitet.

Lasst uns Politik erleb- und fühlbar machen, erklären wir unseren Weg und stellen wir uns den Herausforderungen!

Der neuen Kreisvorstand muss ein neues Miteinander schaffen. Ein Miteinander von

- Kreis- und Ortsstrukturen. Hier sind regelmäßige Beratungen und konkreten Verabredungen wichtig. Wir brauchen Vorstände, die nicht nur tagen, sondern auch gemeinsam Politik entwickeln. Unsere Arbeitspläne brauchen Leben!
- Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Kommunalpolitiker*innen im Kreis und in den kreisangehörigen Gemeinden und der Kreisorganisation und dem Kreisvorstand. Halbjährliche gemeinsame thematische kommunalpolitische Aktivitäten können hier helfen, abgestimmt Politik aus einem Guss zu machen. Mit einer klaren linken Handschrift. Die Herausforderungen der Zeit annehmend: Mobilität, Bildung und Digitalisierung, soziale Sicherheit und Regionalpolitik, die Ostbrandenburg stärkt und uns LINKE Verantwortung für unsere Region übernehmen lässt.

- Neuen und alten Mitgliedern, von jugendlichen Revolutionär*innen und abgeklärten Pragmatiker*innen. Die Mischung macht es, denn keine/r hat den Anspruch, es besser zu wissen. Lasst uns unsere Produktivität, Kreativität und Lebendigkeit genau aus der Unterschiedlichkeit entstehen, die uns auszeichnet und nicht bremst.

Der neue Kreisvorstand muss sportlich sein. Sportlich, weil

- er beweglich und in Bewegung sein muss. In den Schwerpunkten und Themen, aber auch in den (Veranstaltungs-) Formaten und Arbeitsmethoden.
- der Weg von uns Ausdauer und Durchhaltevermögen verlangt. Zum Ausruhen haben wir keine Zeit. Alleine der Wahlkampfmarathon, der vor uns und dem Kreisvorstand liegt, verlangt langen Atem und gute Kondition!
- auch mal eine Niederlage droht, die sportlich genommen, nicht in die Knie zwingt!

Vorwärts! meine ich. Wenn SPD und Grüne andauernd versagen, muss DIE LINKE viel stärker werden.

Auf dem Weg zu einer größeren Linkspartei sollte klar sein: Gerechtigkeit ist der Markenkern, aber nicht das einzige Thema. Roger Willemsen hat in seinem Buch „Das Hohe Haus“ beschrieben und geradezu euphorisch gewürdigt, dass DIE LINKE in deutlicher Abhebung von anderen Fraktionen exzellente Fachleute hat, die sich von Phrasen fernhalten und den Alltagssorgen zuwenden. Ihren Ruf als Sozialpartei hat sie sich redlich verdient.

DIE LINKE wird erwachsen werden müssen – in der Breite der Themen und in der Kultur ihrer Willensbildung. Verbündet mit zivilgesellschaftlichem Engagement kann eine moderne, ihre Krankheiten überwindende und – wo immer nötig – auch radikale Partei viel erreichen. So könnte DIE LINKE werden, was sie ihrem Namen nach schon ist.



von
Stephan Wende,
Vorsitzender
DIE LINKE Fürstenwalde und der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung



von
Ismail Al-Kayed,
19 Jahre alt,
aus Fürstenwalde,
Sprecher der Links-
jugend [solid] Oder-
Spree,
möchte Geschichte
und Politik studieren

■ Warum kontinuierliche politische Bildungsarbeit elementar für uns Linke ist.

Wer kennt das nicht? Man sitzt in einer Runde mit Genoss*innen und spricht über die aktuelle politische Lage. Dann beginnt einer das Geschehen mit bestimmten theoretischen Ansätzen und Hintergrundinformationen zu analysieren und man denkt meistens „Mensch, wieso weiß der soviel?“ oder „verdammt, ich muss mich wieder mehr damit beschäftigen“. Sind wir mal ehrlich: Jede*r war mal in so einer Situation.

Gerade Mitglieder der LINKEN sollten sich kontinuierlich weiterbilden, um progressive Ansätze zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse formulieren und mehr Anhänger*innen für eine klassenlose Gesellschaft gewinnen zu können. Dafür ist es erforderlich ab und zu aus dem alltagspolitischen Hamsterrad auszusteigen und nicht nur als Konsument politischer Nachrichten zu agieren, sondern gesellschaftliche Geschehnisse tiefergründiger zu reflektieren. Leichter gesagt als getan, mögen sich jetzt viele Leser*innen denken.

Der wachsende Rassismus unserer Zeit und die sich für immer mehr Menschen verschlechternde wirtschaftliche Lage sollten mit Hilfe neuer klassentheoretischer Ansätze gemeinsam diskutiert werden. In dem Zusammenhang sollten wir uns als Partei auch ernsthaft die Frage stellen, wie es sein kann, dass wir mit unserem Selbst-

verständnis als Arbeiterpartei immer weniger von Arbeiter*innen und Menschen in prekären Lebensverhältnissen gewählt werden? Hierbei spielen wichtige Zusammenhänge zwischen Geschichte, Philosophie, Ökonomie und Politik eine fundamentale Rolle.

Ausgebeutete Arbeiter*innen und Geflüchtete sind beide Opfer des brutalen kapitalistischen Systems. Sie müssen sich mehr miteinander solidarisieren und gemeinsame soziale Kämpfe bestreiten. Das setzt voraus, dass wir Vorurteile hinter uns lassen und gemeinsame Interessen intensiver herausarbeiten. Ich erinnere an Marx: „Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital ... In dem Kampf ... findet sich diese Masse zusammen ... Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen.“

Um solche Analysen zu ziehen braucht es häufig theoretisches Hintergrundwissen. Daher ist es wichtig, innerhalb unseres Kreisverbandes kontinuierliche Formen bildungspolitischer Arbeit zu etablieren. Dabei sollten diverse Partner*innen, Methoden und Formate genutzt werden. Erste, neben vielen anderen, Adressen kann die

Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) mit ihren vielen Angeboten sein.

So könnten doch Genoss*innen, die sich in bestimmten Gebieten gut auskennen, mal einen Input oder gar einen zwei bis dreistündigen Einführungs-Workshop zu Themen wie Gesellschaftskritik, linker Geschichte, aktuellen ökonomischen Verhältnissen etc. organisieren. Vorträge sind toll, deren Inhalt kann aber nicht so gut im Kopf abgespeichert werden, als wenn wir uns Inhalte mit anderen Methoden noch besser selbst erarbeiten. Ich bin beispielsweise ein Freund von Argumentratings, wo man die Gruppe aufteilt und dann jeder eine bestimmte Rolle bekommt und diese mit Argumenten verteidigen muss. Jeder von uns hat seine Stärken und Schwächen und sollte sich ruhig trauen, an Bildungsangeboten teilzunehmen und somit zur Stärkung unserer Strukturen beizutragen.

Ich selber nehme zur Zeit am Kurs „Politik-Akademie für Junge Linke“ der RLS teil, was wirklich viel Spaß macht, insbesondere der Austausch mit anderen Genoss*innen. Demnächst beginnt mein nächster Kurs „10 Monate mit Marx“. Anlässlich 200 Jahre Marx würde es mich freuen, mit anderen interessierten Genoss*innen eine Veranstaltung zur neuen Klassenpolitik auf die Beine zu stellen.



von
Christopher Voß,
Fürstenwalde,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-
Spree

■ Kreisvorstand trifft LINKE-Neumitglieder

Im Jahr 2017 traten in DIE LINKE über 8000 neue Mitglieder ein, was die Gesamtmitgliederzahl auf über 62000 erhöhte. Auch in unserem Kreisverband freuten wir uns, im letzten Jahr 20 neue Mitglieder begrüßen zu können. Die Aufgabe des gesamten Kreisverbandes muss es sein, unsere neuen Mitglieder schnell in das Parteileben einzubinden und gleichzeitig stetig zu prüfen, wie wir unsere Parteilinie so organisieren, dass möglichst viele Mitglieder sich auch in ihr tatkräftig einbringen können. Auf den Weg hin zu einer aktiveren Mitmachpartei sind noch einige Schritte zu gehen.

Als einen Schritt dorthin lud der Kreisvorstand alle im Jahr 2017 eingetretenen Parteimitglieder zu einem Neumitgliedertreffen am 25. November nach Fürstenwalde ein. Mit diesem Treffen wollten wir eine Begegnung zwischen Neumitgliedern schaffen und natürlich die neuen Genoss*innen kennenlernen. Wir nutzten das Treffen auch, um unsere Kreisorganisation vorzustellen und die verschiedenen Mitwirkungsmöglichkeiten aufzuzeigen, sei es bei der Unterstützung der Fraktionsarbeit- oder Öffentlichkeitsarbeit, der organisatorischen Absicherung oder auch im Jugendverband.

Während draußen der Regen heftig prasselte, machten wir es uns in der Kreisgeschäftsstelle bei Kaffee und Kuchen gemütlich. Unserer Einladung waren die Neumitglieder Silvia Müller, Philip Volgmann und Kathrin Vogelsang gefolgt, die alle in Fürstenwalde wohnen. Sie wurden von Julia Wiedemann, Christopher Voß, Frithjof Bastian und Helga Lobsch seitens des Kreisvorstandes begrüßt.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde schilderten die Neumitglieder, wie sie DIE LINKE vor ihrem Beitritt wahrgenommen hatten und was ihre Beweggründe waren ihr schließlich beizutreten. Sorge um

den wachsende Rassismus und die sich verschärfenden sozialen Verhältnisse in Deutschland und der Welt wurden dabei als Hauptgründe genannt. Eine Genossin war vor allem durch ihr Engagement in der Flüchtlingshilfe auf DIE LINKE getroffen. Ein anderes Mitglied habe die Partei immer als verlässlichen Partner für soziale Verbesserungen wahrgenommen. Es entstand ein interessantes Gespräch darüber, dass wir als Partei mehr Begegnun-

gen zwischen Menschen mit den unterschiedlichsten sozialen Nöten schaffen müssen, um mit Ihnen das Verbindende zu entdecken.

Mehr Austausch zu schaffen kann helfen Vorurteile schneller abzubauen und somit auch Rassismus einen Nährboden zu entziehen. Zum Schluss verabredeten wir uns, gemeinsam zu diesem Thema in 2018 eine Aktion auf den Weg bringen zu wollen.



■ Ich bewerbe mich zur Wahl des Kreisvorsitzenden in der Doppelspitze

Liebe Genossinnen und Genossen, am 17. Februar wird ein neuer Vorstand gewählt. Dabei geht es aber nicht nur um die Besetzung von Positionen, sondern um die Zukunft der Partei in unserer Region. Auf diesem Wege möchte ich für mich als Kreisvorsitzender in der Doppelspitze werben.

Uns stehen große Aufgaben bevor und ich glaube, dass ich diese mit Euch zusammen bewältigen kann. In der öffentlichen Wahrnehmung kommen wir so gut wie nicht mehr vor. Das müssen wir ändern. Wir müssen die Menschen wieder mit politischen Themen und Aktionen für uns begeistern. Wir müssen für die Leute erlebbar werden – ein Kreisverband zum Anfassen.

Mit einem vernünftigen Konzept, welches zusammen mit allen erarbeitet werden soll, können wir das gewährleisten. Wir müssen wieder kampagnenfähig werden, raus

auf die Straße und ins Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Natürlich zählt nicht nur die Außenwirkung, um eine starke und attraktive Partei zu sein. Auch das Innenleben muss stimmen. Dazu will ich die Kommunikation innerhalb des Kreisverbandes verbessern. Ihr müsst wieder in das politische Geschehen mit eingebunden werden.

Auch stehen die Kommunal- und Landtagswahlen bevor. Es wird ein hartes Jahr 2019, welches die Verhältnisse im Landkreis nachhaltig verändern wird. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Eines möchte ich klarstellen: Ich sehe dies nicht als eine Kandidatur gegen einen anderen Kandidaten, sondern als eine Kandidatur für den Kreisverband. Die Mitglieder haben im Februar eine echte Auswahl, wer unsere Arbeit künftig mitgestalten wird. Das kann nur gut für uns sein und wird unseren Kreisverband lebendiger machen.

Solltet Ihr diesen Weg mit mir zusammen gehen wollen, bitte ich Euch am 17. Februar in Erkner um Eure Stimme! Lasst uns die Menschen wieder mitreißen!

Mit solidarischen Grüßen
Alexander Klotzovski



Mein Steckbrief

- geboren: 27. Juni 1988
- erlernter Beruf: Immobilienkaufmann
- Tätigkeit: Hausbetreuer beim DRK in der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Eisenhüttenstadt
- Politische Entwicklung:
 - September 2013–August 2015: Mitglied der SPD
 - 2014–2015: Vorstand Jusos Oder-Spree
 - seit Oktober 2015: Mitglied der Partei DIE LINKE
 - seit August 2016: Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Flucht und Migration
 - seit Februar 2017: Stellvertretender Vorsitzender der BO Eisenhüttenstadt

■ Gut Aufstellen für das Wahljahr 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir am 17. Februar den Kreisvorstand neu wählen, liegt mein Rücktritt als Kreisgeschäftsführerin etwa ein Jahr zurück. Ich möchte diesen Text nutzen und die Gründe für meinen Rücktritt erklären.

Im Jahr 2014 wurde ich erstmals Kreisgeschäftsführerin. Im Februar 2016 wurden der noch amtierende Kreisvorstand und ich erneut zur Kreisgeschäftsführerin gewählt. Ich gehörte diesem neuen Kreisvorstand etwa ein Jahr an. Im Winter 2016/2017 zeichneten sich persönliche Differenzen zwischen

den Kreisvorsitzenden und mir ab. Der zwischenmenschliche Umgang war unterkühlt und unkollegial. Es herrschte eher ein Befehlston vor, den ich so von den ersten zwei Jahren meiner Tätigkeit nicht kannte und den ich vor allem in einem Ehrenamt nicht zielführend finde. Unter Genossinnen geht man anders miteinander um.

Hinzu kam, dass ich das Gefühl hatte, in diesem Kreisvorstand nichts mehr bewegen zu können. Zunächst befasste sich der Kreisvorstand fast ausschließlich mit strukturellen Debatten, wie bspw. dem Umgang mit Neumitgliedern oder

die innerparteiliche Kommunikation. Solche Debatten sind eine sehr wichtige Aufgabe des Kreisvorstandes, deshalb konnte ich auch nicht verstehen, dass bewährte Instrumente, wie der Kreisnewsletter einfach nicht weitergeführt wurden. Ich habe immer wieder für eine Fortführung des Newsletters geworben, um den Genossinnen einen Einblick über die Parteiarbeit im Kreis zu ermöglichen, leider wurde darauf nicht eingegangen. Für mich sieht innerparteiliche Kommunikation und Transparenz anders aus.

Unser Kreisverband hat deutlich an Außenwirkung verloren. Bei ei-



Romy Neupert, Beerfelde, Wahlkreismitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Dr. Volkmar Schöneburg

nem Blick auf unsere Internetseite unter dem Punkt Aktuelles finden sich lediglich die Widersprüche der letzten Monate und zwei Beiträge der Kreistagsfraktion. Der letzte Beitrag des Kreisvorstandes bzw. -verbandes ist vom 10. Januar 2017, also über ein Jahr her. Ebenso traurig sieht unsere Facebook-Seite aus. Wir könnten hier ohne finanziellen Aufwand eine große Reichweite erzielen. Aktuell findet der Kreisverband in der Öffentlichkeit nicht statt. In meiner früheren Funktion und vor allem in den ersten zwei Jahren habe ich immer wieder Vorschläge für Veranstaltungen und Aktionen gemacht. Wir hatten regelmäßig bekannte Personen zu Gast und haben diese durch eine regelmäßige Pressearbeit beworben. Das alles gibt es kaum noch. Die Basisorganisationen

leisten eine sehr gute Arbeit, aber wenn dann beispielsweise Schöneiche im Bundestagswahlkampf eine Veranstaltung mit Bodo Ramelow auf die Beine stellt, sollte es selbstverständlich sein, dass auch wenigstens die Spitze des Kreisvorstandes dabei ist. Und ich empfinde es auch als schwierig, wenn Wahlkampftermine aus Frankfurt (Oder) heraus geplant werden müssen, weil wir es nicht schaffen.

Ich hatte das Gefühl, dass meine Ideen und meine Erfahrung im Kreisvorstand nicht gebraucht werden bzw. gewollt sind und habe mich dann schweren Herzens dafür entschieden, mein Amt niederzulegen, um mich anderen Aufgaben widmen zu können.

In den letzten Wochen wurde ich mehrfach angefragt, ob ich mir vorstellen könnte, wieder für

dieses Amt zu kandidieren. Ich habe immer signalisiert, dass mein Rücktritt nicht in Stein gemeißelt ist und ich den Kreisvorstand und -verband bei einer veränderten Personalstruktur und daraus resultierenden Arbeitsweise gern wieder mit meiner Erfahrung unterstützen möchte. Ich werde also am 17. Februar mit Spannung die Entwicklung der Gesamtmitgliederversammlung verfolgen und behalte mir vor, erneut für das Amt der Kreisgeschäftsführerin zu kandidieren.

Ich wünsche uns und dem neu zu wählenden Kreisvorstand eine erfolgreiche Legislatur und erwarte, das wir neu und gut aufgestellt in die Kommunal-, Landtags- und Europawahl 2019 ziehen.

Mit solidarischen Grüßen
Romy Neupert

von
Volmar Schöneburg, MdL, medienpolitischer Sprecher

Eine andere Welt

Podcast mit Geschichten von „drinnen“ für die Menschen „draußen“



Sechs Männer gestalten unter dem Gruppennamen RUPPICH ihre eigenen Audiobeiträge – in Eigenregie und stets unter dem Motto: „Von drinnen nach draußen“. Die Podcast-Hörer sollen einen Eindruck vom

Leben hinter Gittern bekommen. Das Thema Strafvollzug ist keines mit dem sich die Politik oder die Gesellschaft gerne und offen beschäftigen. Viele Vorurteile, Unsicherheit und Unwissen stehen im Raum, wenn öffentlich über den Strafvollzug diskutiert wird. RUPPICH möchte dazu beitragen, Raum für offene Diskussionen zu schaffen, und lud Ende Dezember zur Premiere der ersten Episode über Beziehungen ein.

Der 35 Minuten Podcast, bei dessen Entstehung u.a. Radiomoderator Knut Elstermann und Dokumentarfilmer Daniel Abma beratend zur Seite standen, ging unter die Haut. Themen der Sendung sind die Reduktion und der Verlust der sozialen Beziehungen

nach „draußen“, die unterdrückte Sexualität oder das Verhältnis der Gefangenen zum Gefängnispersonal. Dieses ist durch Respekt und Achtung, aber auch durch Misstrauen und Demonstrationen der Macht geprägt.

Einmal fällt in der anschließenden Diskussion auch das Wort von der feindlichen Umgebung, das auf die Gemeinschaft der Gefangenen gemünzt ist. Mir wurde erneut deutlich: Wir leisten uns hier einen Apparat, der systematisch Leid produziert. Das ist kein gutes Umfeld für die Resozialisierung der Gefan-

genen. Aber solange mögliche Alternativen zur totalen Institution Knast nicht realisiert werden, sind solche Initiativen wie RUPPICH nicht hoch genug einzuschätzen. Einerseits vermitteln sie uns einen Blick in eine andere Welt, die aber keine Welt von Monstern, sondern eine von Menschen mit Gefühlen und Würde ist. Andererseits steigern solche Projekte bei den Beteiligten das Selbstwertgefühl, die Selbstachtung. Sie sind eine Form der Selbstverwirklichung, die den negativen Tendenzen des Einsperrens entgegenwirkt.



Volmar Schöneburg (3. v. l.) unter den sechs Männern von Ruppich

Der 1. Podcast und weitere Informationen gibt es

- im Internet: <http://ruppich.net/>
- auf Youtube: www.youtube.com/channel/UCD8qw-HjlCiI3Ti8SfVTSeA

Aus dem sehr fernen Osten

Über meinen Weg nach Tokio und dann zur LINKEN im Oder-Spree-Kreis

von
 Friederike Börner,
 z.Z. Tokio, Japan

Mein Name ist Friederike Börner, ich bin 27 Jahre alt und in Müllrose aufgewachsen. Mit 16 Jahren reiste ich erstmals als Austauschschülerin nach Japan, da mich damals schon die Sprache und die Kultur des Landes faszinierte. Nach einem Jahr Aufenthalt in Tokio, kehrte ich zu meiner Familie nach Oder-Spree zurück, wo ich das Gymnasium in Beeskow und das Oberstufenzentrum in Eisenhüttenstadt besuchte. Nach meinem Studium der Anglistik und Germanistik an der Universität Potsdam beschloss ich, mit 24 Jahren nach Tokio zu ziehen und dort mit meinem Abschluss als Fremdsprachenlehrerin tätig zu werden. Seit vier Jahren unterrichte ich nun Erwachsene und Kinder in Deutsch und Englisch.

Während meines Studiums waren Potsdam und Berlin meine Lebensmittelpunkte. In meinen letzten beiden Semestern begann ich mich noch mehr für Politik und meine eigene Rolle in der Gesellschaft zu interessieren. Ich begann mich vermehrt mit vielen Freunden in Berlin, worunter sich auch Mitglieder der LINKEN und der Piratenpartei befanden, regelmäßig über Politik auszutauschen.

Trotz meiner jetzigen Entfernung zu Berlin und Brandenburg blieb ich mit diesen Freunden im Kontakt. Und vielleicht auch gerade durch die Entfernung wurde es für mich leichter, meine eigene Kultur und Gesellschaft intensiver zu reflektieren und mit der Gesellschaft in meiner jetzigen Wahlheimat, Japan, zu vergleichen.

Im Sommer 2017 hatte ich das Gefühl, dass mein Leben in Japan so stabil geworden war, dass es Zeit wurde, erneut in Deutschland „aktiv“ zu werden. Zusätzlich fehlte mir der Austausch mit Genoss*innen – in Japan ist es nach wie vor üblich, dass Politik, Religion und alles, was als eine „persönliche Meinung“ aufgefasst werden kann, nicht gerne in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Dies geschieht auch aus Höflichkeit, um die Meinung des gegenüber nicht zu verletzen, sollte man eine andere Überzeugung haben. Eine große Motivation, Parteimitglied zu

werden, war für mich also auch der Austausch mit Gleichgesinnten.

Die konservative Partei des Premierministers Abe erhielt bei den letzten Parlamentswahlen die absolute Mehrheit der Stimmen. Ein dominierendes Thema im Wahlkampf war die Sicherheitspolitik in Japan im Hinblick auf das nordkoreanische Kernwaffenprogramm. Auch Abes pro-amerikanische Politik, die Militärstützpunkte der USA in Japan erlaubt, sowie die Wirtschaftspolitik sind immer wieder Themen, mit denen ich mich in Japan kritisch auseinandersetze. Genauso habe ich die Entwicklungen in Deutschland – insbesondere den Rechtsruck – über all die Zeit mit Sorge verfolgt. Trotz meines neuen Lebensmittelpunktes fühle ich mich immer noch als Brandenburgerin und mit dem Landkreis Oder-Spree verbunden. Mein Parteieintritt war für mich auch ein Statement, um zu zeigen, dass es genug kritisch denkende junge Menschen in den neuen Bundesländern gibt.

Was man in Deutschland über Japan hört, ist natürlich nicht alles wahr, was ich jedoch bestätigen kann, ist das gute Essen, jedoch auch das hohe Arbeitspensum. Als Lehrerin in Vollzeit habe ich 10 bezahlte Urlaubstage im Jahr, dazu kommen noch eine Woche Sommerferien und eine Woche Winterferien. Deshalb ist es für mich meistens erst möglich, über Neujahr in die Heimat zu reisen. Auch über Neujahr 2017/18 hatte ich die Möglichkeit ein paar Tage in Oder-Spree zu verbringen.

Dabei traf ich mich mit unserem Kreisvorsitzenden Christopher Voß in Frankfurt (Oder) zu einem Kaffee. Wir tauschten uns über die aktuelle politische Lage in Deutschland und Japan aus und ich erfuhr viel über meinen Kreisverband Oder-Spree. Dank der Kreiszeitung *Widerspruch*, die ich jetzt per E-Mail erhalte, bekomme ich einen besseren Einblick in die Politik meiner Partei. Christopher äußerte den interessanten Vorschlag, ob ich nicht Lust hätte, mich als Kontaktperson für DIE LINKE in Japan einzubringen. So könnte ich



der Partei ergänzende Einblicke in Japans politische Öffentlichkeit geben und auch aufgrund meiner Bekanntschaften ein wenig den Austausch zwischen der LINKEN und der Kommunistischen Partei Japans befördern. Die Idee gefiel mir gut, so dass ich seit kurzem in Kontakt zu einer Genossin in der Bundesgeschäftsstelle habe. Ich freue mich auf einen spannend interkulturellen und politischen Austausch mit den Genoss*innen aus LOS und aus Tokio.

Friederike Börner und Christopher Voß am 5. Januar 2018 in Frankfurt (Oder)

NACHRICHT

Keine deutsche Militärhilfe für Erdogans Angriffskrieg gegen Kurden

„Die vom türkischen Präsidenten Erdoğan angekündigte Militäroffensive in den kurdisch kontrollierten Regionen in Syrien straft die Bundesregierung Lügen. Die von Bundesaußenminister Gabriel mit dessen türkischem Amtskollegen Çavuşoğlu in Goslar beim Teekränzchen verabredete Nachrüstung von Leopard-Panzern der türkischen Armee mit Minenschutz ist keine defensive Schutzausstattung für die Bekämpfung des IS. Die Aufrüstung verbessert vielmehr die Offensivfähigkeiten der türkischen Armee bei der Vernichtung kurdischer Kräfte in Nordsyrien als tapfere Gegner des IS. Die Bundesregierung darf Erdogans neuen Krieg gegen die Kurden nicht unterstützen“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende und Rüstungsexpertin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Dagdelen weiter:

„Erdoğan hat die Türkei laut Bundesregierung zur ‚zentralen Aktionsplattform‘ des islamistischen Terrors in der Region gemacht und bewaffnet islamistische Mörderbanden. Mit dem Terrorpaten Erdoğan darf es keine Waffen Deals geben. Der Bau einer Panzerfabrik in der Türkei mit Beteiligung der Düsseldorfer Rüstungsschmiede Rheinmetall muss unterbunden werden. Notwendig sind ein vollkommener Stopp von Rüstungsexporten in die Türkei und der Abzug aller deutschen Soldaten. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Bundeswehr den Krieg Erdogans gegen die Kurden durch die Lieferung von Aufklärungsdaten aus AWACS-Maschinen nicht länger unterstützt.“



Dr. Artur Pech,
Schöneiche

Land grabbing

Dem Landraub aus Profitgründen muss entgegengetreten werden.

Land grabbing – zu Deutsch Landraub. Im Januar hatte die Kreistagsfraktion Anlass, sich mit einem solchen Fall im Landkreis Oder-Spree zu befassen.

In einem Bericht des ARD-Fernsehmagazins „plusminus“ war aus

Grünheide berichtet worden (www.ardmediathek.de/tv/Plusminus/Wie-Konzerne-mit-Ackerland-spekulieren/Das-Erste/Video?bcastId=432744&documentId=49251410). Da ging es um den Verkauf des von einem Landwirt gepachteten Landes an einen „Finanzinvestor“.

Grundsätzlich haben Landwirte, die das Land selbst bewirtschaften, ein Vorkaufsrecht. Sie stehen allerdings vor dem Problem, dass die Auswirkungen der Profitwirtschaft im Ergebnis der Finanzkrise die Preise in Dimensionen getrieben haben, die mit landwirtschaftlicher Produktion nicht mehr erwirtschaftet werden können. In Ostdeutschland geht es im letzten Jahrzehnt da etwa um eine Verdreifachung.

So kaufen Finanzinvestoren nach und nach viele landwirtschaftliche Flächen auf.

Im Fall Grünheide erfolgte der Verkauf an eine Vermögensverwaltungs-GmbH mit Sitz in Berlin. „Dahinter steckt unter anderem ein Graf Castell zu Castell. Dem Adelsgeschlecht gehört zum Beispiel die älteste Privatbank Deutschlands und eine berühmte Bleistiftfabrik ... Das Land in Grünheide liegt nahe an Berlin. Und gleich neben dem Hof neue Einfamilienhaus-siedlungen. Wenn der Hof ... zu Bauland wird, wäre das für den Investor ein unglaublich lukrativer Deal.“ (siehe Fernsehbericht)

Solche Käufe müssen vorab von den Behörden genehmigt werden. Denn der Erhalt einer funktionierenden Landwirtschaft ist eben nicht nur Privatsache einiger Landwirte sondern ein wesentliche Grundlage des gesellschaftlichen Lebens.

Die dem einschlägigen Verfahren zugrunde liegenden Regelungen gehen allerdings auf die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zurück, sind also zu Teilen schon rund 100 Jahre alt. Und daraus erwächst ein Wirrwarr an Zuständigkeiten unterschiedlicher Behörden und nach bundesrepublikanischem Recht auch ausgegliederter „öffentlicher“ Unternehmen. Die nach Aufgaben geteilten Zuständigkeiten erstrecken sich dann vom Landwirtschaftsamt des Landkreises über Institutionen in Sachsen-Anhalt bis zu Ministerien in Potsdam.

Leider kann auf der Ebene des Landkreises kaum etwas bewirkt werden. Die Fraktion hat sich deshalb auf folgende Forderungen verständigt:

- Gründung eines Siedlungsunternehmens (auf Landesebene), welches die Aufgaben entsprechend dem Reichssiedlungsgesetz 11. August 1919, zuletzt geändert 29. Juli 2009, § 1 auch wirklich wahrnimmt, d.h. auch Flächen selbständig aufkauft und einen Flächenpool für die Landwirte aufbaut. Aus diesem Flächenpool könnten Flächenverluste der Landwirte durch Bau von Wind- und Photovoltaikanlagen sowie Ausgleichsflächen ersetzt werden.
 - Bei Eintritt in den Kaufvertrag durch den Landwirt, sollte der Kaufpreis auf den Bodenrichtwert herunter gebrochen werden. Analog den Verfahrensweisen im Baubereich für Gemeinden (nach § 28, Abs. 3 BauGB) kann die Gemeinde den zu zahlenden Betrag nach dem Verkehrswert des Grundstücks im Zeitpunkt des Kaufes bestimmen, wenn der vereinbarte Kaufpreis den Verkehrswert in einer dem Rechtsverkehr erkennbaren Weise deutlich überschreitet (siehe §§ 24 ff BauGB). Damit wäre der gegenwärtigen Spekulation der Boden entzogen, denn im Landkreis Oder-Spree ist in den letzten beiden Jahren die Tendenz zu bemerken, dass Landwirte das ihnen zustehende Vorkaufsrecht wegen der Preise nicht wahrnehmen können.
 - Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) nur auf Basis von Bodenrichtwerten mit dem Ziel der Verbesserung der Agrarstruktur und der Verhinderung einer ungesunden Verteilung von Grund und Boden.
- Für diese Positionen brauchen wir auch eine möglichst breite Unterstützung der Öffentlichkeit. Wir werden sie auch der Landesregierung und dem Landtag so vortragen.

Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree



Bereits 2010 plakatierte DIE LINKE gegen Land grabbing.

Koalition sitzt Ausverkauf des Bodens weiter aus

„Klammheimlich geraten immer mehr Agrarflächen in die Hände von landwirtschaftsfremden Investoren und Spekulanten. Damit verlieren vor Ort verankerte Landwirtschaftsbetriebe ihre Produktionsgrundlage an bundesweit oder gar international agierende Agrarkonzerne. Landwirtschaft und Dörfer werden weiter voneinander entfremdet. DIE LINKE hat deshalb beantragt, dem Treiben endlich Einhalt zu gebieten. Leider hat die Koalition bis auf zwei Kollegen, die sich enthalten haben, ihre Zustimmung verweigert und auch selbst keine Vorschläge zur Lösung des Problems unterbreitet“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion das Abstimmungsergebnis der Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft am 22. Juni 2017 zum Antrag der LINKEN (18/12551).

Weitere Infos zu Aktivitäten der LINKEN im Internet zum Problem: www.kirstentackmann.de/category/boden

Was bringt das neue Landeswassergesetz?

Ökologisches und Soziales sind untrennbar verbunden

Kurz vor Jahresende im November 2017 beschloss der Landtag Brandenburg nach einer langen und intensiven Beratung ein neues Landeswassergesetz. Die Gewässerunterhaltung wird neu organisiert und die Kosten werden am Verursacher- und Vorteilsprinzip ausgerichtet. Nach einer Übergangszeit sollen Flächen in Siedlungsgebieten stärker zur Finanzierung herangezogen werden als Landwirtschaftsflächen und diese stärker als Waldflächen. In einer Verordnung werden die genauen Differenzierungsfaktoren festgelegt. Sie können innerhalb einzelner Wasserzweckverbände variiert werden.

Flächeneigentümer*innen soll es demnächst auf Antrag möglich sein, direkt Mitglied in den Wasser- und Bodenverbänden werden und in den Verbandsversammlungen mitreden zu können. Die Landesregierung kommt so dem von Landnutzerverbänden, dem Landeswasserverbandstag und dem Städte- und Gemeindebund vorgelegten Forderungen ein großes Stück entgegen. Es wird aber daran festgehalten, dass die Gewässerunterhaltung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge auch weiterhin maßgeblich von den Gemeinden mitbestimmt werden soll.

Das Wassergesetz enthält auch weitere Neuregelungen.

So soll das Befahren von nicht schiffbaren Gewässern mit kleinen Elektromotorbooten erleichtert und die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Festsetzung von Wasserschutzgebieten verbessert werden. Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten für kleinere Wasserwerke durch Landkreise und kreisfreie Städte ist umstritten. Erfahrungen zeigen, dass diese Aufgabe zentral auf Landesebene wesentlich effektiver erfüllt wird.

Allerdings muss das neue Gesetz den Praxistest erst bestehen. Vertreter*innen der Kommunen und der Wasser- und Bodenverbände sehen die Neuorganisation der Gewässerunterhaltung eher skeptisch, da sie insbesondere bei der Erhebung der Beiträge für die Gewässerunterhaltung einen höheren bürokratischen Aufwand auf sich zu kommen sehen.

Das Wassernutzungsentgelt wird für industrielle Nutzungen, nicht aber für die Trinkwassergewinnung erhöht – damit stehen mehr Mittel für Gewässer- und Hochwasserschutz zur Verfügung. Dass dort hin zukünftig noch mehr Geld fließen muss, zeigen uns die zunehmenden Überschwemmungen.

Die geringe Erhöhung des Wassernutzungsentgeltes für industrielle Nutzungen von 0,10 auf 0,15 Euro je Kubikmeter ist ein Schritt in die richtige Richtung. Versäumt wurde jedoch, die Betreiber von Tagebauen für die Entnahme von Grubenwasser ebenfalls zur Kasse zu bitten, was angesichts des Koalitionsvertrages auch nicht anders zu erwarten war. Anders als Nordrhein-Westfalen verzichtet Brandenburg somit auf diese Einnahmequelle, die jährlich etwa 20 Millionen Euro einbringen würde. Zu einer Zeit, wo der Ausstieg aus der Kohleverstromung auf der Tagesordnung steht, wird diese durch Brandenburgisches Wasserrecht auch noch indirekt subventioniert. Erst letztes Jahr bestätigte das Bundesverwaltungsgericht dem Land Nordrhein-Westfalen ausdrücklich, dass die Erhebung von Wassernutzungsentgelt für Grubenwasser aus

Tagebauen rechtmäßig ist. Dort beträgt das Wassernutzungsentgelt 0,45 Euro je Kubikmeter.

Als Landesverband müssen wir uns stärker mit der Kohlelobby anlegen, die sich durch gute Kontakte in die Politik noch zu viele Vorteile organisiert und sich daher noch so gut auf dem Strommarkt gegenüber erneuerbaren Energien behaupten kann. Dabei hören wir in den Nachrichten immer häufiger von den zunehmenden negativen Auswirkungen der Erderhitzung.

DIE LINKE sollte sich demzufolge breiter aufstellen, nicht allein die sozialen, auf Erwerbsarbeit zielenden Antworten geben, sondern auch ihr ökologisches Profil schärfen. Ökologisches und Soziales sind untrennbar verbunden, weshalb wir grundsätzlich immer von der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Wende sprechen. Unter den Neueintreten in unsere Partei Jahr 2017 wollen sich für den „klassischen“ Themenblock Arbeit und Soziales 2 978 Neumitglieder engagieren. Schon auf Platz 2 landet das Umweltthema (944). Das zeigt die Notwendigkeit, diese gesellschaftliche Realität auch in der Partei besser abzubilden.

von
Peter Engert,
 Fürstenwalde,
 Mitglied des
 Landesausschusses
 der LINKEN
 Brandenburg
 und
Christopher Voß,
 Fürstenwalde,
 Vorsitzender
 DIE LINKE Oder-
 Spree, Mitglied des
 Kreistages Oder-
 Spree

LESERBRIEF

Rückblick – zwei Sichten zur abgesagten Kreisgebietsreform

zu *Widerspruch*, 12/2017-1/2018, Seite 6: „Angst vor Veränderungen – Brandenburgs Linksparteichef Christian Görke zur abgesagten Kreisgebietsreform“ und Seite 9: Dr. Artur Pech „Nach der Absage der Kreisgebietsreform ...“

Sicherlich sind unterschiedliche Auffassungen zu Einzelthemen auch innerhalb der LINKEN normal. Was im letzten *Widerspruch* – in seiner Themenfülle im Übrigen sensationell – aber an unterschiedlicher Sichtweise zwischen Kommunalpolitik und Landesvorsitz sichtbar wurde, entsetzt.

Da schreibt Artur Pech sehr nachvollziehbar: „... die Kreisgebietsreform ist unter anderem daran gescheitert, dass ein erheblicher Teil der in den kreisfreien Städten nach Bundesrecht anfallenden überdurchschnittlichen Soziallasten ohne dauerhaften Ausgleich auf die Landkreise übergehen sollte. Solange auf Bundesebene hier keine Änderung erfolgt, ist das Land Brandenburg in seiner Gesamtheit zu einem Ausgleich für die kreisfreien Städte gefordert,

wenn die ihnen jetzt zugesagte Teilschuldung eine dauerhafte Veränderung bringen soll“.

Auf diese Fragen hatte die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree ja schon sehr früh hingewiesen, u.a. musste sich das ja auch Ralf Christoffers, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, bei einem Besuch der Kreistagsfraktion anhören.

Was sagt aber nun der Landesvorsitzende: Das Scheitern der Kreisgebietsreform liegt „... vor allem auch daran, dass Populismus, insbesondere von Seiten der hiesigen CDU, die Menschen verunsicherte.“

In dieser schnellleibigen Zeit rufen Veränderungen und erst Recht Reformen inzwischen immer öfter Verunsicherung und Verlustängste hervor. Dem kann man nur begeg-

nen, wenn man mit den Menschen darüber redet, ...

Das wurde bei unserer geplanten Kreisreform vernachlässigt und so konnten allerlei aberwitzige Schauermärchen, wie zum Beispiel, dass die Krankenhäuser geschlossen werden würden, ins Kraut schießen“.

Also die Schauermärchen waren schuld? Wahrscheinlich sind dann beim Flughafen BER auch böse Geister am Werk?

Der gute alte Spruch: „Tue Gutes und rede darüber“ hat unverändert zwei Seiten, man darf vor besserer „Vermittlung“ nur den ersten wichtigen Teil nicht vergessen.

Dr. Bernd Stiller,
 Mitglied des Kreistages Oder-
 Spree, Fraktion DIE LINKE

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Sprecher des Bundesausschusses der
Partei DIE LINKE

90 Jahre und kein bisschen leise

Hans Modrow zum 90. Geburtstag am 27. Januar 2017

Was ist zu sagen, wenn Hans Modrow seinen 90. Geburtstag begeht?
Am ehesten sicher das Wort von Berthold Brecht:

*„Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht
eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen
viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.“*

Viele Ereignisse aus dem Leben von Hans Modrow sind zu seinem Jubiläum erwähnenswert. Die kenne ich aus Büchern aus der Zeitung oder aus dem Fernseher.

Persönlich kennengelernt habe ich aber Hans erst in den letzten Jahren. Da hatte ich Gelegenheit, ihn als Vorsitzenden des Ältestenrates der LINKEN zu Beratun-



gen des Bundesausschusses einzuladen. Und es ist immer wieder faszinierend, wie er es versteht, unseren Blick für die wesentlichen Zusammenhänge zu schärfen. Deshalb soll hier statt einer umfänglichen Würdigung seine Rede von Anfang des Jahres 2017 zu einem sehr aktuellen Problem stehen.

Danke Hans!

DOKUMENTIERT

„Rechtsentwicklung in Europa und linke Gegenstrategien – Eine historische Einordnung“

Beitrag von Hans Modrow zur Beratung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 4./5. März 2017

Zunächst eine Vorbemerkung

Vielen Dank dem Bundesausschuss für die Initiative, den Prozess eines politischen Wandels in der BRD aufzunehmen, um damit Impulse zu geben und Einfluss auf die Politikgestaltung der Partei DIE LINKE zu nehmen.

Vielen Dank, dass ihr den Rat der Älteren der Partei anfragt, ein Vorgang, der von den Führungsorganen der Partei im Bund und in den Ländern nicht üblich ist.

Der Zeitrahmen gibt nur die Möglichkeit, sich in konzentrierten Punkten zu äußern, wir wollen es auch so versuchen.

1. Die wachsenden Stärken von Rechtsentwicklungen, die spürbar in vielen Ländern der Europäischen Union und Europa überhaupt, wie Frankreich und Großbritannien, Ungarn und Polen, Österreich und den Niederlanden, aber auch in der Ukraine und Russland auftreten, haben nun auch die BRD erreicht. Sie sind zu politischen Herausforderungen geworden, die weit über den sogenannten Rechtspopulismus hinausgehen. Eine erste Phase der Nachkriegszeit von 1945 mit der klaren Ansage und Führung eines gefährlichen Kalten Krieges, oft an der Grenze zum heißen Krieg, ging in der Tat mit dem Ende des Realsozialismus und dem völligen Zerfall der UdSSR im Dezember 1991 in der Art eines Gleichgewichts des Schreckens zu Ende. Es entstanden neue Strukturen, Bünd-

nisse und Kräfteverhältnisse. Die NATO behielt ihren aggressiven Charakter und wuchs nach Osteuropa. Die eine Supermacht war verschwunden – es gibt nur noch eine – die USA, die mit Trump völlig unberechenbar ist. Die drei westlichen Siegermächte behandeln gemeinsam mit Deutschland die östliche Siegermacht Russland als ihren Feind.

2. Die neue Phase blieb in ihrem Wesen noch immer im Schatten einer Nachkriegszeit des 2. Weltkrieges. Setzte das Potsdamer Abkommen bis 1991 noch wesentliche Zeichen, hob der 2+4-Vertrag viele davon auf. Es gab und gibt keinen Friedensvertrag. In der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze zu Polen musste die sich nun größere BRD beugen. Am 1. März 1990 verkündete die Modrow-Regierung ihren Grundsatz „Die Enteignungen der sowjetischen Militäradministration von 1945 bis 1949 in der sowjetischen Besatzungszone, waren und bleiben rechtens.“ Sie betrafen vor allem die Bodenreform und die Enteignung der Kriegsverbrecher und wurden im September 1990 von der noch DDR-Regierung und der BRD dem 2+4-Vertrag als gemeinsame Erklärung beigefügt.

Wir sollten vor allem drei Momente festhalten.

1. Die Rote Armee hat die Hauptvernichtungsschlachten gegen die faschistischen Kräfte, ob deutsche, baltische oder ukrai-

nische geführt und gemäß Potsdam gehandelt.

- 2.** die Bodenreform bewahren hieß, das Eigentum für Umsiedler aus Polen und der ČSR zu erhalten und deutsche Ansprüche an Boden im Osten zu verhindern.
- 3.** DDR-Bürger gehen mit Eigentum in die Vereinigung und mit neuen Eigentumsformen kann gemeinsam weiter gewirtschaftet werden.

Die Geschichte wird seit dem Beitritt der DDR in gefährlicher Weise verfälscht. Die Zeit des deutschen Faschismus, nicht zuletzt durch die zwei Diktaturen-Auslegung – Nazizeit und DDR, nicht nur bis an den Rand einer Verharmlosung gedrängt, sondern mit der Kontinuität eines Antikommunismus auch Raum für faschistische Elemente geboten. Das ist der Boden, von dem Bertolt Brecht einst sagte, er sei fruchtbar noch.

Als ich meine letzte Rede im Europäischen Parlament im Jahr 2004 mit den Worten schloss: „Möge es ein friedliches Europa geben, in dem nicht Hass und ein neuer Antikommunismus die Völker trennt“, da waren die Herausforderungen von heute schon erkennbar. Jetzt heißt es: „Die Last der Nazis darf neue deutsche Verantwortung nicht belasten“ und weiter heißt es „von Deutschland wird Verantwortung gefordert und dafür brauchen wir die besten Streitkräfte und die modernsten Waffen“. Mit dieser Entwicklung ist eine neue Phase his-

torischer Entwicklung eingeleitet worden. Der für Deutschland verpflichtende Nachkriegsgrundsatz, von Wilhelm Pieck, Präsident der DDR und Willi Brandt, Vorsitzender der SPD und Bundeskanzler verkündet und vertreten, „Von deutschem Boden darf nie wieder Faschismus und Krieg ausgehen!“, gilt nicht mehr als Grundprinzip der herrschenden Politik.

3. Das Tempo gefährlicher Veränderungen war seit der Zeit von 1933 bis zum Beginn des 2. Weltkrieges wohl noch nie so groß, wie seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Hoffnungen, die es mit dem doch verbreiteten Gefühl des Endes eines Kalten Krieges und den Chancen einer Kooperation gab, sind wie verstoben. Als ich mit dem Blick auf wachsende Realität und den Gesprächen in Moskau am 1. Februar 1990 einen 3-Stufenplan mit den Worten „Deutschland einig Vaterland“, von J. R. Becher aus der DDR-Nationalhymne, vorlegte, sollte der Klang dieser Worte auch ein Teil der Zukunft sein. Genau das Gegenteil ist eingetreten, woran die Gorbatschow-Politik einen großen Anteil und auch unser Versagen in vielen Machtjahren der SED in der DDR einen bestimmenden Anteil tragen. Aber was wir heute erleben, hat mit der DDR nur noch etwas mit der Verfälschung ihrer Geschichte und der Missachtung der Lebensleistung vieler Millionen ihrer Bürger zu tun. Das an-

dere, größere Deutschland strebt nach Großmacht in Europa und in der Welt. Die politisch herrschenden Kräfte und das Großkapital praktizieren eine Politik mit imperialistischen Elementen.

4.

Es sind drei Parteien, die die gesellschaftlichen Prozesse in Deutschland seit 1991 in Regierungstätigkeit geprägt und beeinflusst haben. Die CDU/CSU, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP war zeitweilig dabei, nach Genscher jedoch ohne Profil. Ob als Kleine oder Große Koalitionen, sie haben eine Politik gestaltet, die soziale Zerstörung mit den tiefsten Gegensätzen von Armut und Reichtum und Führungsansprüchen brachten, die es bisher überhaupt so nicht gegeben hat.

Es ist ein Demokratiezerfall entstanden. Die Nichtwähler, mit mehr als ein Drittel, sind die wachsende Fraktion und eine Opposition mit 18 Prozent von LINKE und Bündnis 90/Die Grünen ist kraftlos ohne Gleichen.

Eine Wahlperiode ist abgelaufen, die einen Boden für Zweifel, Unzufriedenheit, Misstrauen, Distanz und Ängste in breitesten Teilen der Gesellschaft geschaffen hat.

Die Scheinkämpfe gegen die NPD haben ein gefährliches politisches Geschwür wachsen lassen. Es kommt von unten aus der Gesellschaft und wird zunehmend von allen möglichen Schichten aufgenommen und ideologisch motiviert. Da bleiben alle Reden über Rechtspopulismus hinter der Tie-



Hans Modrow nach seiner Wahl zum letzten Regierungschef der DDR am 13. November 1989; Quelle: Hartmut Reiche, <https://commons.wikimedia.org>, Bundesarchiv, Bild 183-1989-1113-054

fe und Gefährlichkeit der eigentlichen Entwicklung zurück.

Die so gestaltete Politik hat gesellschaftliche Gegensätze zwischen Reichtum und Armut geprägt, die Ausbeutung breiter Massen ausgelöst, wie es sie mit dieser Schärfe noch nicht gegeben hat. Die so genannten etablierten Parteien und politischen Kräfte haben das Vertrauen breiter Massen verloren. DIE LINKE wird davon auch erfasst, wie Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zeigen. DIE LINKE rückt Deutschland nach links und ist deshalb heute mehr denn je gefordert.

5.

Durch Kriege und imperialistische Politik sind Staaten im arabischen Raum, Afrika und Afghanistan zerschlagen worden, die Elend, Flucht und Gewalt auslösten, die alles Bisherige übertreffen. Das und noch mehr haben einen politischen Boden von unten geschaffen, auf dem die „Allianz für Deutschland“ mit vielfältigen Wurzeln von NPD, NSU, Reichsbürger und mit dem Versagen der Machtpolitik der herrschenden Klasse gewachsen ist. Die Krisen, die Schwächen und manche Tendenzen der Anpassung an die Etablierten in Politik und Gesellschaft von Seiten der Linken haben nicht die Kräfte gebracht und entfalten, die zum Widerstand gegen diese Politik und zum Umbruch einer gesellschaftlichen Stimmung gegen eine neuwachsene Ideologie des Hasses, der Ausländerfeindlichkeit und des Strebens nach rechtsextremer Macht notwendig sind. Die beiden Großen Koalitionen, CDU geführt, haben keinen Wandel für Widerstand gegen die Schärfe und Tiefe dieser Entwicklungen in Deutschland und in der EU gebracht. Mögen die Regeln der Wahlen in den USA auch andere sein, die Tendenzen einer Trump-Politik haben die BRD und manche EU-Staaten schon erreicht. Wie es nun heißt, Trump ist die AfD der USA. Wer den Kriegsdienst, wie Frau von der Leyen, den USA bereits anbietet, gibt Zeichen für sein Mittun.

Zur Schwäche der LINKEN gehört wohl auch, dass in den eigenen Reihen mehr der Streit bis zur Entstellung und persönlicher Verletzungen gepflegt, als die so notwendige Geschlossenheit entfaltet wird. Jede Woche können wir neue Höhepunkte erleben, aber die Vorstände in Bund und Ländern schweigen sich aus.



15. Januar 2018, Berlin, Gedenkstätte der Sozialisten, Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – im Vordergrund von links nach rechts: Artur Pech, Hans Modrow, Beate Klarsfeld, Gesine Lötsch; Quelle: DIE LINKE

Es ist berechtigt für ein Wahlprogramm die Forderung zu stellen, wofür wir sind, es ist aber in diesem Wahlkampf mehr denn je notwendig zu wissen und zu sagen, wogegen wir kämpfen. Wo zu viel hinter Rot-Rot-Grün verdeckt wird, könnte das eigene stimmengewinnende Profil der wirklichen Linken Kraft verloren gehen.

6.

Noch ein Wort zur aktuellen Situation am Beginn des Wahlkampfes. Am 2. März wurde in einer 3-SAT-Sendung der Leiter des Verfassungsschutzes Thüringen mit dem Hintergrund in der Sache Höcker, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag gefragt, ob die AfD vom Verfassungsschutz unter Beobachtung stehe. Seine Antwort: Nein, und die Begründung lautete, man sei kein Organ, welches die Meinungsbildung und ihre Verbreitung von demokratischen Parlamentsparteien zu kontrollieren habe.

Zum pluralistischen Charakter der Partei DIE LINKE, die mit ihren Wählerstimmen den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen trägt, gehört seit 1990 die Kommunistische Plattform, die regelmäßig im Landesbericht des Verfassungsschutzes enthalten ist. Bertolt Brecht lässt wieder grüßen, aber wer hört ihn noch in der Landesregierung?

Wenn es bisher noch an Stimmung im Wahlkampf fehlte, wäre zu sagen, ein Aschermittwoch hat nun doch Zeichen von Sturm gesetzt. Gerade unsere Partei DIE LINKE sollte die Kraft der Opposition im Deutschen Bundestag mit aller nötigen Klarheit, Schärfe und Entschlossenheit einset-

zen und nutzen. Zugleich sollten wir unsere politische Kraft im außerparlamentarischen Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Sarah und Dietmar sollten wir zeigen, wie wir mit Direktkandidaten und überzeugenden Landeslisten mit klarer Kante den Wahlkampf führen.

Zum Schluss noch ein persönliches Wort. Drei Umbrüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen gehören zu meinem Leben. Es war die Zeit, als der Faschismus an die Macht kam und seine Politik Krieg und Mord brachte. Es war die Nachkriegszeit mit ihren unterschiedlichen Gesellschaften in Europa. Es kam zum Ende des Realsozialismus. Sein Ende trat mit einer Implosion, einen inneren Zerfall ein. Der Kapitalismus ist geblieben und wie alle Prozesse von Krieg, Zerstörung, Flucht, Hass und Gewalt zeigen, tritt er nun mit allen Elementen imperialistischer Machtausübung, die Helmut Schmidt einst als „Raubtierkapitalismus“ bezeichnete, in der globalisierten Welt mit aller Brutalität in Erscheinung.

DIE LINKE wird national und international nur dann ihren Platz in den kapitalistischen Gesellschaften behaupten, wenn sie sich bei allen aktuellen Erfordernissen stets der Herausforderung eines Prozesses nach radikalen Veränderungen in einer solchen Gesellschaft bewusst bleibt. Eine andere, eine friedliche, soziale, solidarische Welt ist nötig und möglich. Wenn wir erfolgreich sein wollen, gilt es mit dieser Überzeugung im Wahlkampf anzutreten und uns den Blick für die Zukunft nicht zu verstellen.

Quelle: Linksdruck-
Newsletter Dezem-
ber 2017, 15. 12. 2017

Nachrichten der Linksfraktion im Landtag



von
Gerrit Große,
MdB, kinder-
politische Sprecherin

■ Qualität der Kitas weiter verbessern

Eine gute Qualität unserer Kinderbetreuung ist etwas, auf das sich alle Parteien schnell einigen können. Daher ist es kein Wunder, dass in der Dezember-Sitzung des Landtages ein Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und Grüne beschlossen wurde, der die Verbesserung der Kita-Qualität zum Ziel hat.

Rot-Rot hat in den vergangenen Jahren bereits viel für bessere Kitas

getan: der Betreuungsschlüssel wurde in Krippe (von 1:7 auf jetzt 1:5) und Kita (von 1:13 auf jetzt 1:11) gesenkt, alle Kitas haben für die pädagogische Arbeit eine pauschale Freistellung für die Leitung bekommen, mit dem Programm Kiez-Kita unterstützen wir Kitas in sozialen Brennpunkten und das Land hat 20 Mio. Euro für Baumaßnahmen im Kita-Bereich in die Hand genommen. Aber eine gute Qualität hängt auch stark von den Erzieherinnen und Erziehern und dem Konzept der Einrichtung ab.

Glücklicherweise zeigen bundesweite Studien, dass der Anteil von hoch qualifizierten Fachkräften bei

der Kinderbetreuung in Brandenburg Spitze ist. Um jetzt noch die Prozesse in der Kita zu verbessern, hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, bis 2019 ein Programm für Qualitätsentwicklung zu entwerfen. Damit sollen dann jährlich rund 150 Einrichtungen wissenschaftlich untersucht und bei der Steigerung der Betreuungsqualität unterstützt werden. Dieses Monitoring kann künftig eine Art Qualitätssiegel für unsere Kitas werden. Wir stärken damit die frühkindliche Bildung und kommen dem Ziel einer qualitativ hochwertigen Kita-Landschaft in Brandenburg wieder ein Stück näher.

Informationen im Internet

- Drucksache 6/7693: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7600/7693.pdf
- Videomitschnitt der Rede: www.youtube.com/watch?v=jnkhzhvAXU



von
Anita Tack,
MdB, verkehrs-
politische Sprecherin

■ Brandenburg will Radverkehr stärker fördern

Die Radverkehrsstrategie der Landesregierung wurde im Landtag diskutiert. DIE LINKE sieht darin eine Ausgestaltung und Konkretisierung der Mobilitätsstrategie in Brandenburg und nicht zuletzt auch der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg. Radverkehr zu gestalten und zu fördern, ist im Zeitalter der Minimierung von Luftschadstoffen das Gebot

der Stunde. Mobilität auf dem Rad ist nicht nur gut für die eigene Gesundheit, sondern auch gut für die Umwelt. Damit wurden über die Analyse der Situation hinaus nicht nur allgemeine Ziele in der vorgelegten Strategie formuliert, sondern Handlungsoptionen zur Erreichung dieser Aufgabenstellung fixiert.

Die Entwicklung des Radverkehrs bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine Vielzahl von Akteuren wirkt an deren Umsetzung gemeinsam mit. In allererster Reihe stehen dabei die Kommunen. Der Radwegebau entlang von Landesstraßen steht auf dem Forderungskatalog vieler Gemeinden. Die bislang gültige Priori-

tätenliste der Radwege befindet sich im Infrastrukturministerium in der Überarbeitung. Ein Ranking nach vorgegebenen Kriterien soll nun vorgelegt werden. Ich hoffe, dass dieser Abwägungsprozess einvernehmlich mit den Landkreisen und Kommunen abläuft. Verkehrserziehung spielt auch beim Radverkehr eine große Rolle. Es geht dabei sowohl um die Radfahrerinnen und Radfahrer, jedoch in erster Linie um aufmerksames Verhalten aller Verkehrsteilnehmerinnen. Fahrradprüfungen für Schülerinnen und Schüler in der 4. Klasse sollten dabei weiter unterstützt werden und zum generellen Programm gehören.

Informationen im Internet

- Drucksache 6/7703: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7700/7703.pdf
- Videomitschnitt der Rede: www.youtube.com/watch?v=YnESEMawPAS



von
Dr. Volkmar Schöneburg, MdB,
medienpolitischer
Sprecher

■ Guter Lokaljournalismus stärkt die Demokratie vor Ort

Lokale Fernsehstationen wie das Frankfurter Fernsehen, Lausitz TV, Potsdam TV oder das Fernsehen für Ostbrandenburg (ODF) leisten einen wichtigen Beitrag zur Medien- und damit Meinungsvielfalt in Brandenburg. Ihre engagierte und mit viel Herzblut geleistete Arbeit trägt zudem zur lokalen und regionalen Identität bei. Doch den TV Stationen fehlt eine solide finanzielle Grundlage und Perspektive. Um ihre Potenziale und Möglichkeiten besser auszuschöpfen, hat DIE LINKE im Dezember-Plenum gemeinsam mit SPD, BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN und CDU einen Antrag eingebracht.

Die Landesregierung soll sich in der Rundfunkkommission dafür einsetzen, den Rundfunkstaatsvertrag so zu ändern, dass die Länder ihrer jeweiligen Landesmedienanstalt die Förderung lokaljournalistischer Inhalte ermöglichen können. Dieser Weg ist sehr lang. Deshalb sollte die Landesregierung gleichzeitig mit dem Land Berlin darüber verhandeln, den § 8 des Medienstaatsvertrags Berlin-Brandenburg um eine Regelung zu ergänzen, die es der Medienanstalt beider Länder

gestattet, auch die Inhalte von lokalen und regionalen Anbietern zu fördern und entsprechende Förderlinien zu entwickeln.

Möglichst alle Bürgerinnen und Bürger sollten sich über lokale Medien informieren können und an der Demokratie teilnehmen. Der fraktionsübergreifende Antrag beinhaltet deshalb, ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, das die Sender unterstützt, aber gleichzeitig ihre journalistische Unabhängigkeit bewahrt. Zudem sollen lokaljournalistische Angebote möglichst flächendeckend verfü-

bar und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden. Dies ist durch den Verlust der Satellitenausstrahlung ab September 2018 gefährdet. Deshalb wird die Medienanstalt Berlin-

Brandenburg gebeten, die technischen Voraussetzungen für den flächendeckenden Empfang von Lokal-TV zu gewährleisten und praktikable Lösungen für den Empfängerkreis zu finden.

Informationen im Internet

- Drucksache 6/7732: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7700/7732.pdf
- Videomitschnitt der Rede: www.youtube.com/watch?v=eLhFLlf2JzA

■ Schwangerschaftsabbruch: Frauen haben Recht auf Information

Frauen sollen sich im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs frei informieren können, welche Möglichkeiten und Methoden in welchen Arztpraxen angeboten werden. Deshalb setzen sich Landtag und Landesregierung auf Bundesebene für die ersatzlose Streichung des § 219a Strafgesetzbuch (StGB) ein. Mit diesem Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche wird es Ärzten untersagt, über diese Leistung auf einer Internetseite oder anderweitig sachlich zu informieren. Es ist absurd, dass Frauen zwar eine Schwangerschaft straffrei abbrechen dürfen, Ärzte, die diese Abbrüche vornehmen, darüber nicht informieren dürfen. Frauen haben

nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz die Pflicht zur Beratung, aber nicht das Recht, diese Informationen selbstbestimmt einzuholen.

Es gibt aber immer weniger Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Das ist offenbar das Ziel der selbsternannten Lebensschützerinnen, die immer wieder den § 219a StGB nutzen, um Ärzte zu verklagen. Was sie erreichen: Sie verunsichern Ärzte und Betroffene und kriminalisieren legale medizinische Leistungen. Das macht es für Frauen insbesondere im ländlichen Raum zunehmend schwieriger, Ärzte oder Kliniken zu finden, die Abtreibungen durchführen. Dabei verkennen sie, dass sich nie-

mals das ungeborene Leben gegen den Willen der Mutter schützen lässt. Der § 219a ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Denn er folgt religiösen Glaubensvorstellungen und der nationalsozialistischen Weltanschauung, die mit einem demokratischen, weltanschaulich neutralen Rechtsstaat in der Ausrichtung auf die Europäische Menschenrechtskonvention unverträglich sind.



von **Diana Bader**,
MdL, frauenpolitische Sprecherin

Informationen im Internet

- Drucksache 6/7729: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7700/7729.pdf
- Videomitschnitt der Rede: www.youtube.com/watch?v=sEveexQ4eCg&index=7&list=PL43wSR9x3Yxeigbov_U5WPla5_3Y_ozu4

DOKUMENTIERT

Eckwerte für den Doppelhaushalt 2019/2020 vereinbart

Bürgernähe stärken, Zukunftsinvestitionen sichern, mehr für Bildung, Personalabbau beenden und Schuldenabbau fortsetzen

Die Landesregierung hat am 16. 1. 2018 den Startschuss zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2019/2020 gegeben. Damit sollen wesentliche Projekte aus dem Koalitionsvertrag fortgeführt, Investitionen in die Zukunft des Landes verstärkt und die Zahlungen an die Kommunen erhöht werden. Schwerpunkte sind unter anderem Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und die weitere Digitalisierung des Landes. Die Investitionsquote des Landes soll wie bisher auf einem hohen Niveau gehalten werden. Der Doppelhaushalt sieht insgesamt etwa 24,1 Mrd. € vor (11,98 Mrd. 2019 und 12,15 Mrd. € 2020). Es sind damit die bisher stärksten Haushalte in der Geschichte Brandenburgs.

Das Finanzministerium beginnt gemeinsam mit den Ressorts mit der Aufstellung des Haushaltsplanes. Bis Anfang Juli soll der Entwurf des Haushaltsgesetzes vom Kabinett dem Landtag zur weiteren Beratung zugeleitet werden. Der Doppelhaushalt wird voraussichtlich bis Ende des Jahres beschlossen.

Ministerpräsident Woidke: „Das schafft dem Land Planungssicherheit auch über die nächsten Landtagswahlen hinaus. Jetzt beginnt die wichtige Arbeit in den Details. Mit dem am 19. Dezember beschlossenen Nachtragshaushalt haben wir die Segel gesetzt für Investitionen, mit dem Doppelhaushalt sorgen wir für den kräftigen Fahrtwind. Es geht um ein Jahrzehnt der Investitionen in einem modernen, lebenswerten Brandenburg, einer Heimat für alle. Mit rund 2,2 Mrd. € pro Jahr verfügt das Bildungsministerium über den weitaus größten Einzeletat, damit investieren wir so viel in Bildung wie nie zuvor – auch durch den Einstieg in die beitragsfreie Kita. Es gibt mehr Geld für Sport, Kultur, Straßen, öffentlichen Personennahverkehr und Gesundheit. Und wir steigern die Attraktivität des öffentlichen Dienstes, denn nur ein starker Staat – egal ob Lehrkräfte, Polizei oder Justiz – kann die berechtigten Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen.“

Brandenburg zähle auf Bundesunterstützung für weitere Zu-

kunftsinvestitionen in Bildung, für Strukturentwicklung der Lausitz und bei der Integration von Geflüchteten. Ausdrücklich begrüßt Woidke, dass nach den bisherigen Sondierungen der Bund künftig mehr in Bildung investieren, sich an der Beitragsfreiheit von Kitas beteiligen, die Rentenhöhe nicht weiter absenken und eine Solidarrente einführen will.

Finanzminister Christian Görke bezeichnete die Eckwerte als „Kompass für die jetzt beginnende Haushaltsaufstellung“. In den kommenden Wochen und Monaten sollen der Doppelhaushalt 2019/2020, eine Novelle des Kommunalen Finanzausgleichsgesetzes, die mittelfristige Finanzplanung 2018 bis 2022 und die Fortschreibung der Personalbedarfsplanung erarbeitet werden.

Ein weiterer wesentlicher Eckwert betrifft die Kommunal Finanzen. Görke: „Besonders wichtig für das Leben vor Ort ist die Finanzausstattung der Kommunen. Wir haben mit den Eckwerten Vorsorge für eine wesentliche Erhöhung der Verbundquote getroffen. Einen konkreten Vorschlag

zur Stärkung der kommunalen Finanzen werden wir – auch in Abstimmung mit der kommunalen Familie – zusammen mit dem Haushalt und der Novelle des Finanzausgleichsgesetzes vorlegen.“

Für Görke verbindet sich die Haushaltsaufstellung 2019/2020 „zu einem Dreiklang aus erstens Zukunftsinvestitionen, insbesondere in Köpfe und die Infrastruktur, zweitens Vorsorge, auch durch die Stabilisierung der Schwankungsrücklage, und drittens Tilgung alter Schulden. Der Schuldenabbau bleibt daher von herausragender Bedeutung“. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren bereits etwa 470 Mio. € der damit noch verbleibenden rund 18,19 Mrd. € Altschulden getilgt. Görke: „Wir haben vor, vom Jahresüberschuss 2017 mindestens weitere 110 Mio. € zur Schuldentilgung einzusetzen. Damit konnten seit dem Jahr 2013 beachtliche 580 Mio. € an Tilgungen vorgenommen werden. Wir sind bereit, den Schuldenabbau auch künftig fortzusetzen.“

Quelle: Pressemitteilung, Ministerium der Finanzen, gekürzt,

55 Jahre Élysée-Vertrag

Alte Liebe rostet nicht



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:
**Deutscher Bundes-
tag**, Platz der Repub-
lik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:
Frithjof Bastian,
Mühlenstr. 15, 15517
Fürstenwalde
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma04@bun-
destag.de

Am 22. Januar 1963 wurde der deutsch-französische Freundschaftsvertrag zwischen der BRD und der Republik Frankreich unterzeichnet, mit dem sich beide Seiten zu regelmäßigen Regierungskonsultationen verpflichtet haben. Interessant ist bis heute der Streitpunkt zwischen de Gaulle

und Adenauer, durch den bis zum Schluss Unsicherheit über die Unterzeichnung herrschte. Vor der Ratifizierung durch die deutsche Seite wurde dem Vertrag seitens Adenauer eine Präambel hinzugefügt, in der die deutsche Regierung ihre enge Bindung an die USA erklärt und die Absicht bekundet, Großbritannien in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aufzunehmen. De Gaulle hingegen wollte mit der deutsch-französischen Koppelung die Gewichte in der Atlantikbindung verschieben und er war auch kein Freund der Aufnahme Großbritanniens in die EWG. Doch erschien es der bundesdeutschen Regierung auf Grund der Nachkriegssituation notwendig, diese Präambel hinzuzufügen und die Verärgerung de Gaulles in Kauf zu nehmen. Das vereinte Königreich wurde 1973 aufgenommen, 1975 bestätigte ein Referendum den Beitritt.

Am 22. Januar 2018 fanden gemeinsame Sitzungen der Parlamente zum 55. Jahrestag in Berlin und

Paris statt. Anfänglich als großes Ereignis geplant, wurden die Feierlichkeiten heruntergeschraubt, weil es in Deutschland nur eine geschäftsführende Regierung gibt, die nicht auf die Vorschläge zur Reform der EU von Emanuel Macron antworten kann, die dieser im September schwungvoll präsentiert hat. Merkel hingegen bemüht sich seit vier Monaten eine neue Regierungsmehrheit zu bilden. Macron fordert u.a. einen neuen Élysée-Vertrag, ein eigenes EU-Budget, eine Verkleinerung der Kommission, eine vollständige Integration der Märkte zwischen Deutschland und Frankreich, eine gemeinsame Verteidigungstruppe und ein Kerneuropa der mehreren Geschwindigkeiten. Weitreichende Vorschläge, die seit der Bundestagswahl vom 24. September auf eine offizielle Antwort harren. Im jetzt vorliegenden Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD stehen die Angelegenheiten der EU nicht umsonst an erster Stelle.

Die Parlamentssitzungen zum 55. Jubiläum des Élysée-Vertrags waren auf zwei Stunden angelegt, in denen zunächst die Parlamentspräsidenten das Wort ergriffen, dann die Fraktionsvorsitzenden. In Berlin fing die Sitzung um 11 Uhr an. Danach ging es zum Flughafen Tegel und von dort nach Paris in die Nationalversammlung, wo ab 17 Uhr ebenfalls eine zweistündige Sitzung durchgeführt wurde. Es wurde eine gleichlautende Erklärung zur Stärkung der Deutsch-Französischen Beziehungen in der Assemblée Nationale in Paris und im Bundestag verabschiedet, die von den Parlamentspräsidenten unterzeichnet wurden. Die deutsche und die französische Regierung werden darin aufgefordert, im Laufe des Jahres 2018 einen neuen Élysée-Vertrag zu erarbeiten. Die Gesetzgebungsverfahren in Frankreich und Deutschland bei der Umsetzung von EU-Richtlinien sollen perspektivisch einheitlich umgesetzt werden. Die Parlamente sollen viermal im Jahr gemeinsam tagen. Parlamentsmitglieder sollen als Mitglieder im EU-Ausschuss des anderen Landes benannt werden können.

Mit der Rückschau auf den Dis-
sens zwischen Adenauer und De

Gaulle können wir Parallelen zur heutigen Situation in der EU erkennen. Die Franzosen würden das Vereinigte Königreich gerne aus der EU entlassen. Die Deutschen würden es gerne sehen, wenn London den Brexit revidiert. Die Bundeskanzlerin hat angesichts der Präsidentschaft von Donald J. Trump im Mai 2017 die Zuverlässigkeit der US-Amerikaner im Westbündnis in Frage gestellt. Sie hat gefordert, dass die Europäer ihr Schicksal nun selber in die Hand nehmen müssten. Der geschäftsführende Außenminister Gabriel hat Anfang Dezember in einer außenpolitischen Konferenz in Berlin die Gefahr gesehen, dass Washington nicht mehr unbedingt nur ein Verbündeter, sondern auch einmal ein potenzieller ökonomischer und damit auch politischer Gegner werden könnte. Schlussfolgernd hat auch er eine stärkere Unabhängigkeit von den USA gefordert und will diese durch eine stärkere deutsch-französische Kooperation untersetzen.

Mit diesen Forderungen wird eine Grundkomponente des transatlantischen Bündnisses, das die Zeit seit der bedingungslosen Kapitulation von 1945 für Westdeutschland zentral geprägt hat, durch die Bundesregierung offiziell in Frage gestellt. Die Brexit-Entscheidung aus dem Referendum vom Juni 2016 ermöglicht, dass die Idee von De Gaulle erneuert werden konnte. Die Stimme Adenauers aus der Zeit der Bonner Republik hat nur noch einen historischen Wert. Über den Beschluss zu einer Ständigen Strategischen Zusammenarbeit (SSZ oder in Englisch PESCO, Permanent Structural Cooperation) im Rahmen der Lissabonner Verträge kommt sie sukzessive in den nächsten Jahren zum Tragen. Denn wie anders kann man SSZ oder PESCO werten als den Versuch, im Rahmen der NATO die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene zu bündeln, um damit ein höheres Stimmgewicht und eine größere Unabhängigkeit gegenüber den USA geltend machen zu können. Die Diskussion über das Zwei-Prozent-Ziel der NATO wird auch deshalb geführt. Trumps Forderung ist ein willkommener Anlass. Denn die politische Auf-



Paris, Élysée-Palast, 22. Januar 1963, Unterzeichnung des Élysée-Vertrags durch de Gaulle und Adenauer
Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-P106816, CC-BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons



wertung der EU gegenüber der USA kann nur gelingen, wenn finanzielle Symmetrie zwischen den Bündnispartnern hergestellt wird.

Die Stärkung der EU bzw. Europas durch eine Stärkung der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit ist sinnvoll und vermutlich auch notwendig. Allerdings stellt sich die Frage, was damit gemeint ist. Der geschäftsführende

Außenminister wünscht sich, dass Frankreich in Finanzfragen etwas deutscher würde, in Sicherheitsfragen Deutschland aber etwas französischer. DIE LINKE steht zur deutsch-französischen Freundschaft, dies umso mehr, da wir im November den 100. Jahrestag vom Ende des I. Weltkriegs begehen. Aber gerade angesichts dieses Jubiläums ist aus Sicht der LINKEN

eine höhere Militarisierung Europas, Deutschlands und Frankreichs genau der falsche Weg in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Und so kann man unter Freunden auch sagen, es wäre besser, wenn Deutschland in der Haushaltsführung ein bisschen französischer würde und Frankreich zurückhaltender bei der Anwendung militärischer Gewalt.

Brücken der Verständigung nach Russland

Putin freundlich, antideutsch und Querfront – Nein, genau damit ist das Büchlein von Brigitte Großmann nicht abzuwaschen. Denn ausnahmsweise dreht es sich nicht um die aktuelle deutsch-russische Politik und die Lagerzuordnung von Gesellschaftsmitgliedern in pro oder contra Putin. Es geht um die Verständigung zweier Gesellschaften und die Erinnerung an historische Ereignisse. Ereignisse, die das Gemeinsame der Völker betonen: Kampf gegen den Nationalsozialismus und Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg. Es geht um Menschen – ob General, Botschafter oder Schüler – die gemeinsam auf Augenhöhe über Brücken gehen. Es geht um Freundschaft und Versöhnung zwischen den Bürgern von Russland und Deutschland.

Auch in diesem zweiten Büchlein von Brigitte Großmann liegt der besondere Reiz darin, in Briefen und Dokumentationen die zwischenmenschliche Verbundenheit zweier Völker aufzuspüren. Da macht es nichts aus, wenn die Bilder auf den ersten Blick nichts künstlerisch Besonderes sind. Darum geht es eben nicht. Sie sind in Farbe festgehaltene Erinnerungen an Veranstaltungen, beispielsweise im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur.

Unverkennbares Markenzeichen von Brigitte Großmanns, der ehemaligen Sport- und Geschichtslehrerin in Ost-Berlin, ist der Austausch mit Kindern und Jugendlichen. Das erste Büchlein „Freunde zum Anfassen“ von ihr (Rezension im Widerspruch, Februar 2015) dokumentierte bereits die Völkerfreundschaft zwischen Schülern, Lehrern und den Soldaten und Offizieren der Krampnitzer Division der Roten Armee

von 1982 bis 1989. Nun geht es beispielsweise um eine Begegnung von russischen Generälen mit Schülern am 8. Mai 2017 an der Gemeinschaftsschule „Grüner Campus Malchow“ oder eine Veranstaltung von Veteranen des Verbandes der Westgruppe mit Schülern des Lessing-Gymnasiums Berlin-Wedding, ebenfalls am 8. Mai 2015.

„Man kann vielleicht nicht wissen, was politisch erreichbar ist, aber es ist wichtig, dass man nicht hinnimmt, wie es jetzt ist, noch die Lügen toleriert. Das Mindeste ist, die Lügen zu hinterfragen.“

Max Frisch, Interviews und Gespräche „Wie sie mir auf den Leib rücken“, Suhrkamp-Verlag 2017

Beim ersten Lesen möge man denken, dass Buch wäre etwas für jene Leser, die selbst darin zu Wort kommen. Es dokumentiert deren Erlebnisse. Dahinter steckt jedoch die Ambition, allen Interessierten und noch nicht Aktiven zu zeigen, welche Freude es macht, Brücken der Verständigung zu gehen. Der Verein „Berliner Freunde der Völker Russlands e.V.“ macht es vor. Und zwar mit dem Ziel des Friedens durch Respekt und Achtung der Völker untereinander. Das Buch dürfte auch bei jenen Interesse wecken, die mit der heutigen Russlanddarstellung

in Medien und Politik nicht zufrieden sind. Brigitte Großmann regt an, entgegen dieser Darstellung nicht übereinander, sondern miteinander zu kommunizieren. Diesen Tenor nehmen auch die zwei Grußworte ein. Zum einen vom Botschafter der Russischen Föderation, Wladimir Grinin, und zum anderen von Dr. Helmut Domke, der nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 im Zuge der Regierungsbildung zum Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ernannt wurde.

„Brücken der Verständigung nach Russland“ will Erinnerung bewahren, Gegenwart und Zukunft mitgestalten.



von
Franziska Schneider, Basisorganisation Erkner

Das Büchlein

Brigitte Großmann, Brücken der Verständigung nach Russland, 47 Seiten, Berlin 2017.

Es kann im Internet auf den Seiten der „Berliner Freunde der Völker Russlands e.V.“ heruntergeladen werden: www.berliner-freunde-russlands.de/uploads/2/0/9/0/20907040/bruecken_der_verstaendigung_nach_russland.pdf

Brücken der Verständigung nach Russland

Die Margaretenbrücke Malchow-Wartenberg am 7. Juli 2017

Мосты взаимопонимания с Россией



Brigitte Großmann

FDP, DIE LINKE und SPD Fürstenwalde
und ihre Stadtfractionen
laden Sie recht herzlich ein zum

POLITISCHEN ASCHERMITTWOCH 2018

mit satirischen Texten von Gernhardt bis Tucholsky, mit der Aschermittwochsbütt
von Bürgermeister Hans-Ulrich Hengst, mit den allerletzten Geheimnissen aus
dem Rathaus von Putzfrau Elke und Hausmeister Wende ... Und das alles

**am 14. Februar 2018, um 19 Uhr,
in der Dachetage der Kulturfabrik**

Kommen Sie doch einfach mit ihrer Familie und ihren Freunden vorbei.
Der Eintritt ist frei – der Besuch nicht umsonst!

V.i.S.d.P.: Stephan Wende, Spreestraße 28, 15517 Fürstenwalde (Spree)



Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im
Februar 2018



1.2.	Wolfgang Heinrich	Fürstenwalde	85 J.
6.2.	Barbara Ebel	Eisenhüttenstadt	75 J.
7.2.	Erika Herms	Eisenhüttenstadt	96 J.
7.2.	Heinz Wimmer	Eisenhüttenstadt	85 J.
8.2.	Ursula Menge	Eisenhüttenstadt	85 J.
8.2.	Günter Schaumann	Bad Saarow	87 J.
13.2.	Heinz Purps	Fürstenwalde	87 J.
15.2.	Siegfried Brämick	Eisenhüttenstadt	92 J.
15.2.	Rosemarie Böhme	Eisenhüttenstadt	89 J.
16.2.	Rudolf Gangelmayer	Gosen-Neu Zittau	87 J.
17.2.	Manfred Bühring	Erkner	83 J.
20.2.	Helmut Fechner	Erkner	85 J.
28.2.	Egbert Langhof	Beeskow	81 J.
28.2.	Klaus Walaschek	Eisenhüttenstadt	82 J.

**kleine
zeitungen**

Widerspruch ist Mitglied im gemeinsamen Internetportal der Tageszeitung *neuen deutschland* und kleiner linker Zeitungen. Lesen Sie im Internet auf: www.kleinezeitungen.de.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 20.2., 20.3., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Februar/März 2018

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 27.2., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 1.3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 1.3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 6.3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 13.3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 14.3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

14.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

10 Jahre mit dabei – „Wider das Vergessen“ in Belarus

SODI bereitet für das Land entlang der Oder die Tschernobyl-Woche vor

Liebe Widerspruch-Leser*innen,

unsere Reise 2017 zu den Tschernobyl-Projekten in Belarus widmeten wir auch unserer Freundin und langjährigen Mitstreiterin Maria Meinl aus Fürstenwalde. Am 3. Februar 2018 jährt sich ihr Sterbetag zum ersten Mal. Maria war und ist uns Vorbild in ihrem Eintreten für eine friedliche, in Freundschaft verbundene Menschheit, die gerecht und solidarisch mit sich umgeht, um den blauen Planeten jeder neuen Generation lebenswert zu überlassen.

Ein spannendes Jahr liegt hinter uns. Ein neues Jahr, 2018, mit vielen Anforderungen liegt vor uns. Für mich persönlich ist es gut, dass ich Menschen an meiner Seite weiß, die mich in meiner ehrenamtlichen Arbeit bei SODI e.V. entlang der Oder für Frieden, Freundschaft und Solidarität bestärken! Dafür Dank an alle Mitwirkenden und vor allem allen Unterstützer*innen.

2018 arbeiten wir zehn Jahre mit dem unabhängigen Institut für Strahlensicherheit Belrad aus Minsk an den Tschernobyl-Projekten „Wider das Vergessen“ in Belarus zusammen.

Ein Kern der SODI-Arbeit ist, dass wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Mit BELRAD leben wir diese Aussage nun zehn Jahre. Unsere Spenden werden von BELRAD so eingesetzt, dass sich in Belarus potenzierte Ergebnisse zur Gesunderhaltung und Gesundheit von Betroffenen ergeben.

Die von uns betreuten Kinder sind inzwischen selbst zu Propagandisten für gesunde Ernährung in ihren Dörfern geworden. Davon konnten wir uns kurz vor dem Jahresende 2017 wiederum an der Mittelschule in Owerschitschi überzeugen.

Dass die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe die Menschen, vor allem auch die Kinder, die erst 30 Jahre danach geboren wurden, einholen, mussten wir auch 2017 wieder erleben.



Durch Hochwasser wurden Radionuklide aus dem Erdreich gespült und sind ins Grundwasser gelangt. Wird dieses Wasser getrunken, werden die Betroffenen radioaktiv belastet. Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel! Ohne Wasser besteht kein Leben!

Kinder, die sich im Wachstum befinden, sind besonders gefährdet, weil sie diese Radionuklide in ihren Körper einlagern und dadurch erkranken.

Die Folgen sind immer die gleichen: Immunschwächen, Krebserkrankungen, genetische Schäden.

Zur Tschernobyl-Woche vom 22. bis 28. April 2018 werden wir zur aktuellen Situation in den verstrahlten Gebieten hier entlang der Oder, in Frankfurt (Oder) sowie in den Nachbarkreisen MOL und LOS berichten, diskutieren und Erfordernisse ableiten.

Mit unseren Spenden helfen wir, dass weniger Kinder schwer erkranken bzw. schneller genesen und ihre Zeit auf der Erde lebenswerter verbringen. Danke liebe Widerspruch-Leser*innen, dass ihr uns zur Seite steht. Wir rechnen auch im Jahr 2018 mit Eurer/Ihrer Unterstützung. Mit 50 Euro wird einem erkrankten Kind ein ganzes Jahr geholfen. Ein Dauerauftrag für zum Beispiel schon 5 Euro pro Monat wäre ein großartiger, nachhaltiger Solidarbeitrag.

Gemeinsam sind wir stark!

Ein gutes, gesundes Jahr 2018 wünschen die Kinder aus Otwerschitschi und Hagen Weinberg, Sprecher der SODI-Gruppen entlang der Oder

Gespendet werden kann auf das Konto von
SODI e.V. Berlin,
 bei der Sozialbank,
 IBAN: DE33 1002
 0500 0001 0201 00,
 Kennwort:
 Tschernobyl – Stolín

Zucker-Kasten





Das Gefängnis Plötzensee 1942 – mein Zeuge

Der jüngste in Plötzensee ermordete Widerstandskämpfer



Helmuth Hübener

Es geschah vor 75 Jahren. Helmuth Hübener war 17 Jahre alt, als er am 27. Oktober 1942 in Berlin starb – hingerichtet durch das Fallbeil. Hübener war der jüngste aller 1574 in Plötzensee Ermordeten.

Mit einer kleinen Gruppe Jugendlicher hockte Helmuth Hübener nachts vor dem Radio und hörte den britischen „Feindsender“ BBC. Sie tippten die Nachrichten ab, ver-

vielfältigten sie auf einfachste Art: Immer wieder abschreiben mit vielen Durchschlägen. Die Flugblätter warfen Hübener und seine Freunde Karl-Heinz Schnibbe, Rudolf Wobbe und Gerhard Düwer in die Briefkästen der Hamburger Arbeiterviertel, klebten sie an Mauern und Laternen, steckten sie in die Manteltaschen fremder Menschen.

Dass die Geschichte Hübeners bekannt wurde, daran arbeitete ich seit 1960. Sieben pralle Aktenordner liegen vor mir. Ich hatte durch Zufall Ende der 50er Jahre ein Heftchen der VVN aus dem Jahr 1948 in die Finger bekommen, das nichts anderes enthielt als die Abschrift des Urteils, mit dem der Volksgerichtshof den 17-Jährigen am 11. August 1942 wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilte. Ich war von diesen brutal-nüchternen Juristenworten erschüttert und begann, das Leben Hübeners systematisch zu erforschen.

Hübener wuchs in einem unpolitischen Elternhaus auf. Als die Nazis 1933 die Macht ergreifen, ist er acht Jahre alt. Später sagte ich einem Reporter der (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) WAZ: „Was mich an ihm fasziniert, ist, dass er ohne politisch vorgeprägt worden zu sein, die Verbrechen und die Unmenschlichkeit der Nazis erkannte. Er handelte völlig autonom.“

Hübeners Leben widerlegt daher die ewige Schutzbehauptung: Wir haben nichts gewusst. Dieser Junge wollte wissen, und er sah und erfuhr eine Menge. Ich schrieb Artikel und ein Buch über das Leben Hübeners – auch mit kuriosen Folgen. Ein Bericht, der 1967 in der Gewerkschaftszeitung „Deutsche Post“ erschien, muss den Schriftsteller Günter Grass beeindruckt haben. In seinem 1969 erschienenen Roman „Örtlich betäubt“ lässt er einen Schüler auftreten, der sich den 17-jährigen Hübener zum Vorbild nimmt. Er habe von Helmuth Hübener in der Gewerkschaftszeitung seines Opas gelesen, in der „Deutschen Post“, lässt Grass den Schüler sagen. Der Autor war ich.

Auch zu Straßenumbenennungen zugunsten Hübeners und Wandbildern in Hamburg, ferner zur Umbenennung einer Schule in

„Helmuth Hübener Schule“ konnte ich beitragen. Das Logo der Barmbecker Schule lautet beziehungsreich: helmMUTH hÜBENER schule“.

Letzte Worte Hübeners im Prozess: „Ich soll nun sterben, obwohl ich nichts verbrochen habe. Aber Ihr kommt auch noch dran.“ Sie sind nicht dran gekommen, die Richter und Staatsanwälte; sie seien unbekannt, nicht auffindbar oder gestorben, wurde mir gesagt.

Die Frage, wieso ich mich seit Jahrzehnten um das Andenken Helmuth Hübeners bemühe, beantwortete ich in Zeitzeugengesprächen mit einer Geschichte: Als Schüler las ich eine Reportage des kommunistischen Autors und Politikers der CSR Julius Fucik „Unter dem Strang“, geschrieben in Gestapohaft. Darin die Worte: „Die ihr diese Zeit überlebt, vergesst nicht. Sammelt geduldig Zeugnisse von den Gefallenen. Sucht euch einen von ihnen aus und seid stolz auf ihn als einen großen Menschen, der für die Zukunft gelebt hat.“

Ich suchte mir Helmuth Hübener aus.

Auch die Schicksale anderer junger Widerstandskämpfer wurden erforscht. Der Historiker Jürgen Zarusky vom Institut für Zeitgeschichte in München hat weitere aus der kleinen Schar von unabhängig wirkenden „Rundfunk“-Widerständlern ausgemacht: Walter Klingenberg (München) und Josef Landgraf (Wien) – allesamt „Rundfunkverbrecher“, die einige Helfer hatten. Diese „Rundfunkverbrecher“ wurden von den Nazis als Feinde des Reiches behandelt, weil die die Rundfunkpropaganda des Auslands im Reich verbreiteten. Dies galt als Landesverrat, weil es die „Wehrkraft des deutschen Volkes zersetzte“. Die Gruppen haben die damals modernste Technik genutzt, gewissermaßen gezappt und gesurft. Klingenberg wurde wie Hübener zum Tode verurteilt.

Ulrich Sander

Zum Weiterlesen:

Ulrich Sander, Jugendwiderstand im Krieg. Die Helmuth-Hübener-Gruppe 1942/1942, Pahl-Rugenstein Nachfolger Verlag Bonn 2002

Quelle: antifa, 2017-11

antifa

Die „antifa“ wird herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – und der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. und erscheint zweimonatlich. Mit Berichten und Beiträgen zur **■** Geschichts- und Gedenkstättenarbeit **■** Tatsachen und Hintergründe des Neofaschismus **■** Theoretischen Auseinandersetzungen **■** Kulturteil mit Rezensionen von Büchern, Filmen und Ausstellungen.

Bitte schicken sie mir ein kostenloses Probeexemplar der „antifa“

Ich abonniere die „antifa“ Normal Abo* (15,- Euro)
 Vorzugsabo* (7,50 Euro)
 Förderabo* (30,- Euro)

Name/Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Wohnort:

Datum, Unterschrift:

Coupon einsenden an Redaktion „antifa“, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

* „antifa“ erscheint als: Abo für 15,- Euro jährlich (für Mitglieder der VVN-BdA im Beitrag enthalten) + Vorzugsabo für 7,50 Euro (für Schüler, Studierende und Azubis gegen Vorlage eines Nachweises) + Förderabo für 30,- Euro jährlich. Das Abo verlängert sich ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

antifa.vvn-bda.de

NACHRICHTEN

DIE LINKE Fürstenwalde aktiv in der Kommune an der Spree

1. Schulbus-Sprinter von Süd nach Nord im Hol- und Bringerverkehr als zusätzliche Schüler*innenverkehr

DIE LINKE in Fürstenwalde und im Keistag Oder-Spree hat die Kreis- und Stadtverwaltung beauftragt, unverzüglich Verhandlungen mit dem Busverkehr Oder-Spree (BOS) aufzunehmen, um einen Schulbus-Sprinter aus Fürstenwalde (Süd) zur Jähn- und Sonnengrundschule als zusätzlichen Schülerverkehr noch in diesem Schuljahr 2017/2018 einzurichten.

Für den Schüler*innenverkehr ist der Landkreis Oder-Spree verantwortlich. Das bisher vorgehaltene Angebot des BOS entspricht nicht dem realen Bedarf vor Ort, wie Gespräche mit vielen Eltern und Lehrern der Grundschulen Fürstenwaldes und der Linksfraktion ergaben. Täglich pendeln allein über 30 Grundschüler*innen – also Schüler*innen im Alter von 6 bis 12 Jahren – von Fürstenwalde (Süd) zur Jähn- und Sonnengrundschule. Die Busfahrzeiten dauern aktuell bis zu 45 Minuten und länger bzw. bedingen ein Umsteigen in der Hauptverkehrszeit am Bahnhof inmitten von RE1-Pendler*innen bis zu Berufsschüler*innen des Oberstufenzentrums Palmnicken. Beides sind Umstände, die im Interesse der Sicherheit der Schüler*innen ebenso wie der Verringerung der Belastung der Schüler*innen dringend geändert gehört. Dies haben in vielen Gesprächen in der Vergangenheit Lehrer*innen und Eltern uns Stadtverordnet*innen mitgeteilt.

DIE LINKE kämpft für einen Schulbus-Sprinter, der vom BOS eingerichtet und durch den LOS aus den Mitteln

des Landes für die Schülerbeförderung finanziert werden soll sowie

■ für alle Grundschulkinder zur Verfügung stehen soll, die von Fürstenwalde (Süd) nach Fürstenwalde (Nord) pendeln.

Die Verwaltungen sind beauftragt die Umsetzung unverzüglich zu verhandeln. Gerade jetzt in der (nass-)kalten Jahreszeit ist der Schulbus-Sprinter nötig!

Der Schulbus-Sprinter sollte zum Unterrichtsbeginn, Unterrichtsende und zur Hortschließzeit fahren. Ebenso sind Schulen gebeten, ihre Unterrichts- und Hortzeiten anzugleichen, um diesen Schulbus-Sprinter möglich zu machen.

2. Erstellung einer Konzeption zur Versorgung Geflüchteter mit Wohnraum

Die LINKE in Fürstenwalde hat die Stadtverwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Integrationsmanagerin der Stadt zuständigen Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung, u.a. der Ausländerbehörde, und der städtischen Wohnungswirtschaft eine Konzeption zur zeitnahen Versorgung Geflüchteter mit Wohnraum zu erstellen. Hintergrund dafür ist, dass von den zur Zeit in den Wohnübergangsheimen in der Stadt Fürstenwalde untergebrachten Geflüchteten etwa 30 Prozent einen Aufenthaltsstatus erhalten haben und damit nicht mehr das Recht haben, in den Wohnübergangsheimen zu wohnen. Die Zahl der wohnungssuchenden Familien könnte im nächsten Jahr noch steigen, wenn die Möglichkeit des Familiennachzuges eröffnet wird.

Aber auch bereits jetzt ist es dringend geboten, bezahlbaren Wohnraum für Geflüchtete zu

schaffen. Das betrifft sowohl Wohnungen für Einzelpersonen als auch für Familien unterschiedlicher Größen. Viele der Geflüchteten haben bereits jetzt in Fürstenwalde eine neue Heimat gefunden und möchten auch hier bleiben. Deshalb ist es erforderlich, Möglichkeiten zu finden, sie entsprechend mit Wohnraum zu versorgen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kreis, Stadt und Wohnungswirtschaft ist eine Voraussetzung zur Erstellung einer Konzeption ebenso wie der gemeinsame Wille aller Beteiligten. Neben Gesprächen mit der städtischen Wohnungswirtschaft sollte auch der Dialog mit anderen Wohnungsgesellschaften gesucht werden.

Gleichzeitig ist zu prüfen, welche anderen Wohnprojekte (Wohngemeinschaften u.a.) möglich sind.

3. Querungshilfe für die Lange Straße

Die LINKE hat die Stadtverwaltung beauftragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen (so z.B. Querungshilfe, Fußgängerüberweg ...), um die für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gefährliche Kreuzungssituation an der Kreuzung Goethestraße/Ecke Lange Straße zu entschärfen und für die Zukunft eine sichere Querung zu ermöglichen. Die möglichen Maßnahmen sollen dem Fachausschuss vorgestellt werden und danach zeitnah umgesetzt werden.

Im direkten Kreuzungsbereich der Goethestraße/Ecke Langestraße endet der Fuß- und Radweg, so dass hier Fußgänger*innen und Radfahrer*innen entweder die Straßenseite wechseln bzw. sich in den Verkehr auf der Fahrbahn einordnen müssen.

Dies erfolgt meist ungeordnet und häufig sind die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer*innen, so z.B. die Schüler*innen, die diesen Weg oft nehmen, gefährdet. Mehrere Beinahe-Unfälle und der schwere Unfall mit einer Schwerverletzten am 7. November 2017 erfordern ein schnelles und unbürokratisches Handeln.

4. Altbauerhaltungssatzung erarbeiten und Mittel für Denkmalschutz sichern

DIE LINKE hat die Stadtverwaltung beauftragt, eine Altbau-substanzerhaltungssatzung zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Altbau-substanz einer Stadt ist das „steinerne Gedächtnis“ einer Stadt. Städtebaulich ist es von großer Bedeutung, die Altbau-substanz zu erhalten und in die moderne Stadtgestaltung einzubinden.

Gerade Fürstenwalde, deren Altbau-substanz in der älteren und jüngeren Vergangenheit gelitten hat, sollte die Chance ergreifen, die vorhandene Altbau-substanz (so z.B. die Stadtvillen in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße und der Lindenstraße aber auch in der Bahnhofsvorstadt und zum Beispiel das e.dis-Gebäude in der Trebuser Straße) zu erhalten.

Über das Bundesprogramm „Stadtumbau“ gibt es in der aktuellen Förderperiode die Chance, bis zu 90 % möglicher Ankauf- und Sannierungskosten gefördert zu bekommen. Grundlage dafür ist, dass die Stadt eine beschlossene Altbau-substanzerhaltungssatzung im Sinne des Stadtumbauprogrammes hat. Diese zu erarbeiten und zu beschließen ist Ziel des Antrages.

Stephan Wende

Im warmen Saal mit angenehm temperierten Sekt große Reden schwingen? Ja, das kann DIE LINKE in Fürstenwalde auch. Aber nicht nur.



Im nunmehr verflixten siebenten Jahr luden Partei und Fraktion zum Alternativen Neujahrsempfang ein, der in Fürstenwalde Glühweinempfang heißt. An drei Tagen im Januar, bei Frost, Schnee, Sonne und Kälte trafen wir Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf dem Marktplatz, vor Discountern im Stadtteil Süd und Nord. Wir konnten erzählen, was wir im Jahr 2018 alles machen wollen, aber noch viel mehr konnten wir zuhö-

ren: Was erhoffen sich die Fürstenwalder im neuen Jahr und was wir LINKE dazu tun können, diese Hoffnungen gemeinsam mit ihnen zu verwirklichen. Spannende Momente mit Apfelpunsch und Schmalzstullen. Vielen freundlichen Gesichtern gute Wünsche und Ideen sowie einen gelungenen Jahresstart der LINKEN in Fürstenwalde.

Stephan Wende, Fürstenwalde

Gute Gründe, Hans-Ulrich Hengst zu wählen

1.

Ulrich Hengst hat schon als Kämmerer zur Zeit von Bürgermeister Reim und in den acht Jahren als Bürgermeister gezeigt, was er kann. Er hat Fürstenwalde sehr vorangebracht. Er hat gute Kontakte zu den Entscheidungsträgern im Landkreis und in den Ministerien in Potsdam – alles Dinge, die ein neuer Bürgermeister erst aufbauen müsste.

2.

Gewerbeansiedlung ist und bleibt bei Ulrich Hengst Chefsache. Große Firmen wie e.dis und Bonava sind ihm dabei genauso wichtig wie die Schaffung bester Bedingungen für Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Er weiß, dass die Stadt ihre vielfältigen Aufgaben nur erfüllen kann, wenn die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sprudeln.

3.

Ulrich Hengst lebt nicht im Wolkenkuckucksheim. Er verspricht nur das, was er auch halten kann.

4.

Ulrich Hengst steht für ein solidarisches Miteinander aller Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt. Für ihn zählt die Zukunft der Stadt als Ganzes und nicht das egoistische „Aber nicht vor meiner Tür – Denken“.

5.

Ulrich Hengst ist gegenüber sinnvollen Ideen aufgeschlossen. Deshalb können wir als LINKE gut mit ihm zusammenarbeiten. Wir unterstützen insbesondere folgende Zukunftsprojekte für Fürstenwalde:

- Die Ansiedelung der Europäischen Akademie für Touristik in der Aufbauschule und im Jagdschloss macht Fürstenwalde zum Hochschulstandort.
- Die Ausweisung neuer Baugebiete, die Schaffung weiterer Kapazitäten im Schul- und Kitabereich machen die Stadt jünger. Die Einwohnerzahl steigt weiter an.

- Wichtige Baustellen für die Stadtentwicklung werden angegangen: das Bahnhofsumfeld als bisher stark vernachlässigtes Eingangstor zur Stadt, das Pintsch-Gelände an der Trebuser Straße, der Bereich um den Südbahnhof und der Freizeit- und Bildungscampus in Nord.
- Für Pendler wird es Verbesserungen geben: sichere Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof, Schaffung von Parkplätzen an der Peripherie mit Busverbindung zum Bahnhof.

- Das umfangreiche Sport-, Kultur- und Freizeitangebot macht Fürstenwalde lebenswert. Es wird erhalten und ausgebaut. Dazu gehören gesicherte Finanzen für die Kulturfabrik als auch ein neues Ruderzentrum.
- Die solide Haushaltspolitik wird fortgesetzt. Bis 2028 sind die letzten Kredite für die in den 90er Jahren errichteten Sporthallen, die Feuerwehr, das Schwapp, die Fürstengalerie, das Rathauscenter und vieles mehr getilgt.

